

Ersteinst in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für ganz Deutschland 1 R. 60 Pf. pro
 Quartal.
 Monats-Abonnement
 werden bei allen deutschen Postämtern
 auf den 1. und 3. Monat, und auf den
 3. Monat bis Ende des Jahres, im
 Abzug, Sachsen und Herzogth. Sachsen-
 Altenburg auch auf den 1ten Monat
 des Quartals à 54 Pf.
 Inserate
 alle, Veranlassungen pr. Zeitsp. 10 Pf.,
 bez. Privatangelegenheiten und Briefe pro
 Zeitsp. 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 nehmen an alle Postämter und Buch-
 handlungen des In- u. Auslandes.
 Filial-Expeditionen.
 Rem.-Post: Sop.-druck. Graun-
 schuldendruckerei, 154 Kridelgasse Str.
 Philadelphia: S. Hoff, 430 North
 3rd Street.
 J. Hoff, 1129 Charlotte Str.
 Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Wash-
 ington Str.
 Chicago: A. Kaufmann, 74 Clybourne Ave.
 San Francisco: F. Hoff, 418 O'Farrell Str.
 Boston W.: G. Dime, 8 New St.
 Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 104.

Mittwoch, 4. September.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat September Mark 0,55 werden bei allen deutschen Postämtern, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12/11, in der Expedition der „Fadel“, N. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6/IV., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsstraße 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reuditz, Neuschönefeld etc. bei Frau Engel, Reuditz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Gonnwitz etc. bei Hader, Kurze Str. 10 part., für Kleinschöcher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Schönberg bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV., Leipzig, Reuditz bei Schan, 15/1, für Flagwitz-Lindenau bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Hofkloster bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brannenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Eine Lehre.

Es ist kein Zweifel, daß gleichzeitig mit der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik auch der russische Absolutismus bankrott geworden ist. Das despotische Rußland war von jeher das „Hinterland“ und der Rückhalt der Reaktion in Deutschland, namentlich in Preußen, das als Borussia ja in Wirklichkeit stets nur ein Vorrußland, eine russische dependency (abhängiges Anhängsel) gewesen ist. Fürst Bismarck hat das sehr wohl begriffen, und so bedenklich seine Politik in der orientalischen Frage auch vom freihändlerischen und vom nationalen Standpunkt gewesen sein mag, vom Standpunkt des preussischen Junkers aus, der in dem Czar seinen zweiten Souverain verehrt, und in der russischen Wirtschaft das letzte Bollwerk der europäischen Staats- und Gesellschaftsordnung erblickt, war es aber durchaus correct, daß der preussische Constatminister und der deutsche Reichskanzler in den letzten zwei Jahren das Menschenmögliche that, um den Triumph der russischen Eroberungspolitik herbeizuführen, und als an ein Triumph nicht mehr zu denken — Rußland wenigstens einen mäßig guten Rückzug zu sichern.

Lezteres ist allerdings gelungen, aber freilich unter Bedingungen, welche dem schon matt gewordenen Prestige des Fürsten Bismarck den Rest von Glanz nehmen mußten. Auf dem Berliner Congress machte die deutsche Diplomatie nämlich Fiasko durch den famosen, ebenso gemeinen, als „genialen“ Staats-Streich des türkisch-englischen Bündnisses und der Annexion von Cypern, wurde der ganze Berliner Congress, mit Ausnahme der „ehrlichen Kaiserkrone“ und „leitenden Weltstellung“ des „franken Mannes“ von Baryn elegant ad aeta gelegt, und der sogenannte Berliner Vertrag ist heute schon, obgleich die Tinte, mit der er geschrieben, kaum trocken ist, nicht mehr werth als das Papier, auf welchem er steht. Diese diplomatische Niederlage vollendete den Bankrott der Bismarck'schen Politik. Daß Fürst Bismarck mit seinem „Culturkampf“ in ein Wespennest gestochen und das Gegenheil des Bezweckten erreicht; daß seine innere Politik, auf wirtschaftlichem wie auf staatlichem Gebiete eine äußerst verkehrte, ungeschickte und Deutschland schädliche sei — darüber war man nachgerade selbst in nationalliberalen Kreisen sich klar geworden, allein man hatte immer noch an die äußere Politik des „großen Staatsmannes“ geglaubt. Mit der Vernichtung dieses Glaubens war der Bankrott der Bismarck'schen Politik vollendet. Fürst Bismarck hält sich trotzdem am Staatsruder fest. Der „franke Mann“, der unter normalen Umständen ein tochter Mann wäre — er selbst bezeichnete sich sehr richtig als „kaputen Mann“ —, ist durch das Lehmann-Hödel'sche 89-Mark-Revolververbrechen und die erschütternde Schrotbüchse-Robling's lebendig geschossen worden — ein überbiblisches Wunder, das unserem Kronprinzen so wunderbar dargekommen sein soll, daß er lange Zeit brauchte, um sich von der Richtigkeit des ersten der beiden Attentate zu überzeugen.

„Mit dem Belagerungszustand kann Jeder — regieren“, pflegte Cavour zu sagen. Nun: mit dem Belagerungszustand kann auch ein kranker und kaputer Mann regieren. Und in die liberal-bürgerliche Sprache übersetzt, heißt Belagerungszustand: Ausnahmegesetz.

Mit der bösen Kritik werden wir nicht fertig, ergo stoßen wir ihr den Mund; unsere Thaten verurtheilen uns, ergo zwingen wir die Menschen, uns mit Worten zu loben oder — zu schweigen. Und wer zuwiderhandelt: Geldstrafe, Kerker, Ruin, wenn's zum Aeußersten kommt der Tod: „die Flinte schießt, der Säbel haut.“

Gut! viel ist dagegen nicht einzuwenden. Es ist die simple, eindringliche Logik der Gewalt. Ein paar Jahre hält's vor, und après nous le déluge, nach uns die Sündfluth!

Mit dieser Hoffnung mochte Fürst Bismarck sich schmickeln, als er den Entwurf zu seiner Knebelakte niederschrieb.

Da plötzlich eine Hiobspost aus Petersburg: Mesenzow, Chef der dritten Abtheilung, erschossen. Und der Hiobspost folgen weitere Hiobsposten: andere Creaturen des Absolutismus erschossen, panischer Schrecken der Gewaltthäter, Flucht des Czaren aus seiner Residenzstadt, Proklamirung des Bankrotts durch Proklamirung des Kriegszustandes.

Das Rettungsloß, auf welches Fürst Bismarck mit seiner bankrotten Politik sich stützen wollte, ist dort drüben im „heiligen Rußland“ elendiglich gescheitert an der — Menschennatur, die sich Alles bieten läßt, nur nicht die Vernichtung ihrer selbst.

Was Fürst Bismarck mit seinem Ausnahmegesetz erstrebte, war im vollsten Maße in Rußland verwirklicht — ja in weit höherem Maße, da in einem halbbarbarischen Land die Geister doch mit einer Brutalität unterdrückt werden können, an die in einem civilisirten Land — und trotz des Culturkampfes und der Blut- und Eisenpolitik gehört unser Vaterland doch noch unter die Culturländer — nicht gedacht werden kann.

Und das Resultat der russischen Politik à la Bismarck? Allgemeiner Schiffbruch, politischer Meuchelmord, die completeste Verheerung der Gesellschaft, die absoluteste Katholisirung der Regierung.

„Nur eine Reform an Haupt und Gliedern kann helfen. Das Standrecht wird das Uebel nur verschlimmern“, so predigt jetzt unsere liberale Presse. Sie hat das Richtige erkannt — für Rußland.

Und für Deutschland? Wäre es nicht geradezu aberwitzig, es jetzt in unserm Deutschland mit einer Politik zu versuchen, die soeben in Rußland, wo sie tausendmal mehr Chancen hatte, so elendiglich Schiffbruch gelitten hat?

Es wäre mehr noch als Aberwitz, es wäre „verbrecherische Thorheit!“

Angesichts der Ereignisse, die sich soeben in Rußland vor unsern Augen vollziehen, rufen wir unsern Liberalen das Wort zu: „Lernt, ihr seid gemahnt.“

Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Das fortschrittliche „Frankfurter Journal“ fällt folgendes Urtheil:

„Das Sozialistengesetz, dessen Annahme Preußen bei dem Bundesrathe beantragt hat, ist eine der wunderbarsten Blüthen des gegenwärtig unsere Staatsleitung beherrschenden reaktionären Geistes. Es ist dem Namen nach nur gegen die Sozialdemokraten gerichtet, aber die ganze Fassung ist derart, daß mittelst der in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen nicht nur alle Lebensäußerungen der verdammten Partei, sondern auch alle freisinnigen Regungen anderer Parteirichtungen unterdrückt werden können.“

„Ueber das ganze öffentliche Leben der Nation würde, wenn dieses Gesetz in's Leben treten sollte, sich ein Leichentuch ausbreiten: Vereine, Genossenschaften, Versammlungen, Druckchriften, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder communisistischen, auf die Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten, beziehungsweise aufzulösen oder zu unterdrücken. Personen, welche an solchen Bestrebungen theilhaftig sind, werden mit kaum erschwinglichen Geldbußen oder gar mit längerer Gefängnißhaft bestraft. Und sofern dieselben es sich „zum Geschäft machen“, die bezeichneten Bestrebungen zu fördern, können sie sogar gehindert werden, ihrem freien Erwerb nachzugehen. Es können ihnen bestimmte Bezirke zum Aufenthalt verweigert werden, und sie mögen dann anderswohin gehen, wo sie nicht mittheilbare Seelen finden, sterben oder verderben können. Geschäfte, welche jene Bestrebungen fördern, können geschlossen und über Bezirke, wo durch dieselben „die öffentliche Sicherheit“ bedroht ist, kann eine Art Belagerungszustand verhängt werden.“

„Wer definiert nun diese Bestrebungen, welche so schwere Folgen nach sich ziehen können? Was ist sozialdemokratisch, was untergräbt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung? Niemand kann über den Begriff des Sozialismus eine bestimmte Erklärung abgeben, und da er manche gemeinsame Ziele mit den Liberalen, ja sogar mit den conservativen Parteien hat, so schwebt über allen diesen das Damoclesschwert des neuen Gesetzes. Nach den Offiziösen ist übrigens der Liberalismus der Vater der Sozialdemokratie, und so muß er folgerichtig mit dieser ausgetilgt werden. Jede freisinnige Reform, die von Männern der Wissenschaft oder von dieser oder jener Partei angelehrt wird, kann dahin gedeutet werden, daß sie „auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung“ gerichtet sei. Wenn für die betreffende Bestimmung die angeführte Rautschuk-Fassung beibehalten wird, dann ist kein Mann, der irgendwie berufen ist, in der Öffentlichkeit zu wirken, mag er durch Wort oder Schrift die Auffklärung seiner Mitbürger zu fördern suchen, vor Verfolgung sicher.“

„Es wird in allen Dingen nur noch eine Meinung geben, welche nicht zu befürchten braucht, mit jenen Paragraphen in Conflict zu kommen, welche allein sich hören lassen darf: die Meinung der Regierung, welche dann, ohne daß Widerspruch oder Unterbrechung zu befürchten steht, von der wachsenden Schaar der Streiber, Stellenjäger, Speichellecker, Denunzianten etc. in allen Tonarten verkündet werden kann.“

„So gern die Reaktion, wenn es ihre Kräfte erlauben, blind drein schlägt, geht sie doch nicht immer ganz rücksichtslos vor. Mag sie über eine noch so gewaltige Exekutive verfügen, so liebt sie es doch, den Schein der Billkür zu vermeiden. Auch in dem Sozialistengesetz ist eine Einrichtung vorgezogen, welche einen gewissen Rechtschutz gegen eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes seitens der Behörden bietet. Es soll nämlich in Berlin ein Reichsamt für Vereinswesen und Presse errichtet wer-

den, von dessen neun Mitgliedern mindestens fünf etatsmäßig angestellte Richter sein müssen. In dem Collegium von fünf Mitgliedern müssen mindestens drei den richterlichen Mitgliedern angehören. Sämmtliche Mitglieder werden vom Bundesrath gewählt und vom Kaiser ernannt.“

„Daß auf diesem Wege nur sehr außerordentliche Persönlichkeiten in das neue Reichsamt gelangen werden, ist gar nicht anders zu erwarten. Ohne daß der mindeste Zweifel gegen die bisherige und künftige Integrität der zu berufenden Männer ausgesprochen werden soll, läßt sich doch mit Sicherheit annehmen, daß die Entscheidungen der neuen Behörde meistens in einer Weise ausfallen werden, welche des Beifalls der Regierung gewis ist. Warum sollten auch nicht bei Errichtung des Reichsamtes Männer mit dem Vertrauen des Bundesraths beehrt werden, deren Ansichten hinsichtlich der Parteigestaltungen in Deutschland man genau kennt? Ob dieses Amt aber auch das Vertrauen des Publikums finden wird, ist um so entschiedener zu bezweifeln.“

„Die neue Behörde ist nichts anderes als ein Ausnahme-Gerichtshof, der alle Schattenseiten eines solchen hat und auch alle üblen Folgen nach sich ziehen muß, welche derartige Einrichtungen immer begleiten.“

„Für ein solches Ausnahmegesetz, wie das anti-sozialdemokratische, braucht man freilich auch ein ganz exceptionelles Gericht. Wenn man die gewöhnlichen Gerichte damit befaßt wolle, nach dem Paragraphen 1 zu entscheiden, so müßten dieselben bei der Dehnbarkeit und Unbestimmtheit der dort angeführten Begriffe jedenfalls oft in peinliche Verlegenheit kommen. Ist die Fassung doch so elastisch, daß selbst die Regierung nicht vor der Gefahr bewahrt wäre, der Strenge des Gesetzes zu verfallen, wenn sie nicht glücklicherweise die Exekutive in der Hand hätte! Eine Regierung, welche statt Frieden nur Unfrieden sät, deren Leitung der inneren Angelegenheiten nur zu steigender Verwirrung führt, gefährdet doch ohne Zweifel die bestehende Staats- oder Gesellschaftsordnung!“

„Die beantragte Vorlage ist, wie sich aus dem Angeführten ergibt, in Form und Inhalt derart, daß sie die Begründung eines unerhörten Willkürregiments ermöglicht. Wer nur noch einen Tropfen freihändlerischen Blutes in den Adern hat, muß einen solchen Entwurf auf's Entschiedenste bekämpfen. Tritt er bei uns in Kraft, so muß er zum Ruin unseres ganzen öffentlichen Lebens führen, oder zu einem Ausbruch des Volkswillens, welcher die Vorlage und möglicherweise verschiedenes Andere hinwegjagen wird.“

„Wie wir bereits in unserer vorletzten sozialpolitischen Uebersicht erwähnt, hat sich der zu Graz tagende deutsche Journalistentag mit dem Ausnahmegesetz beschäftigt. Es geschah in der Schluß-Sitzung vom 25. August.“

Der Bericht der „Vossischen Zeitung“ sagt darüber: „Wenzel (Berlin) glaubt vor dem Schluß der Verhandlungen die Aufmerksamkeit des Journalistentages auf einen Gegenstand lenken zu müssen, der für die deutsche Presse von der höchsten Bedeutung sei: den Entwurf des sogenannten Sozialistengesetzes. Wenn auch vorausgesetzt werden dürfe, daß in der gegebenen Form der Entwurf nicht zur Annahme gelangen werde, so bedrohe derselbe doch die deutsche Zeitungspressen mit den ernstesten Gefahren. Alle Freiheiten, die das deutsche Pressegesetz der Publicität einräumt, werden durch jene Vorlage in Frage gestellt und die Existenz der Blätter thatsächlich vollkommen der Willkür der Polizeibehörden anheimgegeben. Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Versammlung habe man den Gegenstand nicht mehr stellen können, trotzdem würde ein Stillschweigen über denselben mißdeutet werden und das Ansehen des Journalistentages auf das Ernsteste gefährden.“

„Nordmann (Wien) erklärt im Namen der österreichischen Journalisten, daß dieselben in der Beurtheilung des erwähnten Gesetzesentwurfes, so weit er die Freiheit der Presse berühre, einstimmig die Ansicht des Vorredners theilen. Trotzdem sei die österreichische Presse, die von dem Gesetze zum Glück nicht berührt werde, keineswegs in der Lage, ihrerseits einen formellen Proteste zuzustimmen. Er könne nur mit dem Wunsche schließen, daß es der deutschen Presse gelingen möge, den ihr bevorstehenden Kampf mit Glück zu einem siegreichen Ende zu führen. (Allseitiger Beifall.)“

„Lecher (Wien) schließt sich diesen Ausführungen vollkommen an, indem er zugleich der Ueberzeugung Ausdruck giebt, daß die deutsche Presse niemals zu einem ruhigen Genuße ihrer Freiheit gelangen werde, so lange sie nicht das Grundrecht der österreichischen Pressefreiheit, die Aburtheilung der Pressvergehen durch Geschworenengerichte, sich erkämpft habe.“

„Wenzel (Berlin) erwidert, daß es nicht seine Absicht gewesen ist, einen formellen Beschluß über die vorliegende Frage herbeizuführen. Die bisherige Debatte habe die Einstimmigkeit der deutschen und österreichischen Journalisten in der Beurtheilung des Gesetzesentwurfes ergeben und hiermit sei seine Absicht erreicht.“

„Rittweger (Frankfurt) stimmt dem Vorredner bei, da er es für durchaus unthunlich hält, in einer Versammlung, in der die österreichischen Kollegen die Majorität haben, über diesen Gegenstand eine formelle Abstimmung herbeizuführen.“

„Davidsohn (Berlin) hofft, daß Wenzel die Gefahren für die deutsche Presse zu schwarz gemalt habe. Der Gesetzesentwurf richte seine Spitze nicht gegen die gesammte Journalistik, sondern nur gegen die Sozialdemokratie (!).“

„Wenzel protestirt dagegen, daß man die Unterdrückung der Freiheit der Presse vom politischen Parteistandpunkte beurtheile. Der deutsche Journalistentag habe sich bisher von einer

solchen Auffassung fern gehalten und werde es hoffentlich auch in Zukunft thun." —

Die „Ball Ball Gazette“, eine conservative englische Zeitung, unterzieht, gleich allen anderen englischen Blättern, den Entwurf einer unbedingt verdammenden Kritik.

„Sollte die Vorlage,“ so sagt sie, „zum Gesetze erhoben werden, so müßte sie das politische Leben Deutschlands schwer schädigen: Statt den Sozialisten ein Ende zu bereiten, wird das Gesetz deren Begeisterung heben, sie über ihren Einfluß aufklären und selbstverständlich ihre Ueberzeugung bestärken, daß die bestehende gesellschaftliche Ordnung eine wesentlich ungerechte ist. Die Liberalen werden kaum minder unter dem Gesetze leiden, als die Sozialisten. Die harmlosesten liberalen Grundzüge werden als die Ausfaat künftigen Unheils betrachtet werden und die deutsche Polizei wird ihre Machtbefugnisse in bekannter Weise zur Geltung bringen — Dank der Unterstützung der nationalliberalen Partei, welche sich zu diesem Entschlusse entschieden, um eine rein eingebilbete Gefahr abzuwenden. Denn es liegt auf der Hand, daß der Fürst, selbst wenn er sich mit dem heiligen Stuhl verständigt, nicht auf die Unterstützung der Centrumpartei rechnen kann. Viel wahrscheinlicher ist, daß er den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen verheimlicht, um die Nationalliberalen nach der bereits eingeschlagenen Richtung zu drängen. Haben sie sich erst soweit einschüchtern lassen, um das Gesetz anzunehmen, so hat die Regierung eine solche mächtige Waffe gegen sie selbst in Händen, daß die Partei früher oder später willig jeden Preis für dessen Aufhebung entrichten wird. Die einzige (?) höhere und männliche Politik ist die der Fortschrittler und würden die Nationalliberalen gut thun, sich derselben offen anzuschließen. Vielleicht würde dies zu einer nochmaligen Auflösung des Reichstages führen, allein die letzten Wahlen haben bewiesen, daß sie den Appell an die Nation nicht zu scheuen brauchen!“ —

In Bezug auf letzteren Punkt irt sich das Londoner Blatt gewaltig. Die letzte Wahl hat den Nationalliberalen 30 Sitze gekostet und sie als Partei zerprengt. Sie zählen jetzt im Reichstag genau halb so viel Mitglieder wie 1874, und eine baldige Neuwahl würde die Vernichtung der Partei vollenden. Das wissen die Herren Nationalliberalen, und daraus erklärt sich ihre feige, unentschlossene Haltung. Freilich wären sie nicht so feig und unentschlossen, sie wären nie in diese kritische Lage gekommen. Allein von Distanz kann man keine Trauben, von dem Gros der Nationalliberalen keine Mannhaftigkeit erwarten. (Fortsetzung folgt.)

Aus Rußland.

Odessa, Anfang August.

Es wird Ihnen wohl bekannt sein, daß in Odessa Ende Juli (alten St.) ein politischer Prozeß stattgefunden hat. Der Prozeß, ein weiteres Glied in der Kette der seit 5 Jahren Rußland in beständiger Aufregung haltenden Prozesse, ist wegen bewaffneter Widerstände wider die Militärbehörde und auf Hochverrath eingeleitet. Der Prozeß wurde vor dem Kriegsgericht verhandelt, da zur Zeit des Vorfalles Odessa sich im Belagerungszustand befand. Der Inhalt des Prozesses ist kurz folgender:

Im Januar d. J. fand eine Hausdurchsuchung auf Denunziation hin statt in der Wohnung des Angeklagten Swititsch und der Frauen Witten und Merchanowa. Man fand dort eine Menge sozialistischer Schriften, Broschüren und Aufrufe, sowie eine Druckmaschine mit dem dazu gehörigen Material. Unter den Aufrufen, die einen Protest gegen den abscheulich-heuchlerischen Krieg enthielten, waren solche, die zur Zeit der haitzgehabten Hausdurchsuchung in fast allen größeren Städten Südrußlands verbreitet und an deren Wänden affischirt waren, mit der Forderung von Reformen im Sinne der Freiheit und des Rechts. Außer den Schriften wurden auch Revolver und Dolche, die von den Angeklagten gewöhnlich getragen worden waren, vorgefunden. Dieses Mal aber sollte die Hausdurchsuchung nicht friedlich, wie gewöhnlich, ablaufen. Die Freiheit, mit welcher die nichtgelehrten und gelehrten Gensdarmen (Staatsanwälte), diese „Ohren und Augen“ des milden Czaren bei Hausdurchsuchungen verfahren, ist wahrhaftig empörend. Kein Haus ist vor diesen Banditen sicher, sie bringen in ein jedes kaum verdächtige Haus meistens in später Nachtstunde, am frühen Morgen, selten am hellen Tag — das ist ihnen übrigens ganz egal, wenn nur das Ziel — abzujassen

Etwas vom Grafen Wilhelm von Bismarck.

Bei der am 28. August stattgehabten Nachwahl im Wahlkreis Wühlhausen-Langensalka war bekanntlich der Sohn seines Vaters zum Candidaten aufgestellt worden. Ein conservativer Wahlverein, an dessen Spitze Oberbürgermeister Dr. Engelhardt und Stadtvorordnetenvorsteher Werner in Wühlhausen stehen, hatte nun einen lithographirten Wahlaufruf erlassen, welcher zur Wahl des Grafen Wilhelm von Bismarck aufforderte, und der die allgemeinste Bewunderung erregt hat. Im Aufruf wird gesagt: „Wir haben sicheren Grund zu der Annahme, daß dieser junge hochbegabte Mann die ihm durch solche Wahl eröffnete politische Wirksamkeit ganz im Sinne unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Minister Dr. Friedenthal ausüben werde. Schon ist in dem Kreise Weiskens für ihn eine größere Zahl von Stimmen gewonnen. In der nächsten Zeit wird er selbst sich seinen Wählern hier vorstellen. So hoffen wir denn zuversichtlich, daß die große Mehrheit unserer Mitwähler ihm ihre Stimme geben und damit sich ganz in Uebereinstimmung mit der bei den früheren Reichstagswahlen so wohl bewährten, treu zu Kaiser und Reich stehenden Gesinnung erhalten werde.“ Zu dieser Reklame schreibt man der „Magdeburger Zeitung“ aus Wühlhausen:

„Möglich, daß derselbe (nämlich Graf Wilhelm Bismarck) ein tüchtiger Mann nicht nur in seinem Fache werden, sondern auch dereinst das Zeug zu einem würdigen Vertreter eines deutsch-conservativen Wahlkreises haben wird. Bis jetzt aber bietet er hierfür keine Garantien. Außer einigen Studentenaffären und etlichen Ferienreisen in Begleitung seines Vaters hat die Welt nichts weiter von dem jungen Herrn erfahren, als daß er in den letzten Tagen glücklich sein Assessorenexamen bestanden hat. Diese an sich so ganz löbliche That wird doch als Candidaten zu empfehlen. Es ist eine etwas starke Zumuthung, welche jene angeblich conservativen Herren einsichtigen und erwachsenen Wählern stellen, dem Sohn des großen Vaters ihre Stimmen zu geben, nicht um des Sohnes willen, sondern um den Vater zu ehren.“ Wir wollen auf die Perspektive, welche der Aufruf selbst eröffnet, gar nicht eingehen, wir wollen die Versicherung jener conservativen Herren, daß keine Reaktion erstrebt und die bürgerlichen Freiheiten der reicheren Bevöl-

und abzufangen — erreicht wird. Das ist sozusagen der Grundpfeiler unseres Rechts, oder besser unserer Rechtslosigkeit, des Rechts, in der späten Nachtstunde aus dem Bette herausgerissen, barfuß verhört, frech durchsucht und gleich dahin abgeführt zu werden, von woher man nur physisch gebrochen zurückkommt; meistens kommt man gar nicht zurück, sogar die Leichen der politischen Inhaftirten werden den Angehörigen verweigert. Und das Alles im Namen der „heiligen Ordnung“, auf welcher sich die Wohlfahrt — bei Leibe nicht des russischen Volkes — der Romanoffs und des kleinen Häufchens aus deren nächsten Nähe begründet. Im Namen derselben Ordnung wird sogar die abgeschaffte Prügelstrafe gegen politische Sträflinge erlaubt, wie es ganz Europa aus dem Vorfalle mit Bogoljuboff erfahren hatte. Diese Einrichtungen, so blöde und barbarisch sie auch sein mögen, würden die Form des Protestes, die wir in unserem Falle sehen, nicht herausgefordert haben, wenn nur die Handlanger der russischen Regierung menschlicher verfahren hätten und weniger von ihrem lakainenhaften Eifer besetzt wären. Durch das blöde Verfahren der russischen Regierung, den in Europa sogenannten Nihilismus durch gewaltthätige Maßregeln, durch Tödtung jedes freien Gedankens, jedes freien Wortes, durch Hegerieen auf Alles, was nur einen Anstich von Selbstständigkeit besitzt, hatte die Regierung in den letzten 5 Jahren solche grausamen Sitten und Gebräuche unter den Staatsanwälten und Gensdarmen aufzugen, die alles Denkbare übertreffen. Das höhnen und idiotische Lachen über den Schreden eines jungen Mädchens, gewaltthätiges Eindringen in dessen Schlafzimmer, Verletzung ihres weiblichen Ehrgefühls, ja ihrer Ehre, und was bei Hausdurchsuchungen gang und gebe ist, das junge Mädchen von einem Gensdarmen im Beisein von vielen Männern am ganzen Körper durchsuchen zu lassen, dem Mädchen ehrverletzende Anerbietungen zu machen; das große Verlegen der Gefühle zwischen Mann und Weib, Vater und Sohn; durch Foltern Geständnisse zu erzwingen, die man nachher fälscht, um sie besser ausbeuten zu können; und endlich die schmutzigsten Verleumdungen — und alle diese schönen Sachen begangen dem gehegten Nihilismus! Wie schwer müssen auf der Seele eines jeden Sozialisten und Freidenkenden, eines jeden Gächters und Verfolgten diese persönlichen Beleidigungen und Verletzungen seines Nächsten lasten. Die politischen Prozesse der letzten Zeit, so heuchlerisch und komödienhaft sie auch seitens der Regierung geführt worden, haben doch dem russischen Volke gezeigt, was für abscheuliche Sitten und Gebräuche in diesem Reste der czarischen „Ohren und Augen“ herrschen. Diese Prozesse empörten das Publikum: sie zeigten, daß Leute, die sogar nach russisch staatsanwaltschaftlicher Ansicht unschuldig sind, jahrelang in Untersuchungs-haft in verpesteter Kerker gehalten, um nachher mit ganz zertrüttelter Gesundheit freigesetzt zu werden.

Und was ist natürlicher, als daß diejenigen, die diese losgelassene Meute von czarischen Lakaien auf ihren Fersen haben und infolge dessen in einen solchen Zustand von Erregtheit gerathen, bei dem man ein unüberwindliches Gefühl fühlt, diese Scheusale, die mit Jedem das niederträchtigste Spiel treiben, zu vernichten, zu erdrücken. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen in den letzten 5 Jahren unter den russischen Nihilisten soviel Haß gegen diese Wirthschaft sich ansammeln mußte, daß Thatfachen der Art, wie in dem letzten Odessaer Prozesse vorkamen, unbedingt geschehen mußten. Sie werden sich immerfort wiederholen, diese Thatfachen, weil die russische Regierung mit ihren blöddummen Hegerieen gegen jeden Funken von freien Gedanken, mit ihren unglücklichen Qualereien der Sozialisten, die letzteren zu solch wilder Vertheidigung führen muß. Noch mehr, die russischen Zeitungen schweigen über solche Vorgänge, und wenn sie schon etwas darüber schreiben, geschieht es nur, um die Sozialisten mit Koth zu bewerfen und die Weisheit der Regierung zu vertheidigen.

Der Odessaer Vorfalle, wie oben schon bemerkt, ist nicht so glatt abgelaufen. Die 10 Gensdarmen, mit dem Staatsanwalt voran, als sie in die Wohnung der oben angeführten Angeklagten eindringen wollten, wurden mit Revolvergeschüssen empfangen (in der Wohnung befanden sich noch, außer den Mithern, Iwan Kowalew, Sohn eines Popen, und die Adelligen Witafschewsky und Klenoff). Die Gensdarmen mußten retiriren mit ihrem Offizier, der stark verwundet wurde. Sogleich wurde Militär requirirt, und nur der überlegenen Macht der Soldaten und Gensdarmen gelang es, nach einem kurzen Kampfe sich der Wohnung zu bemächtigen und die Delinquenten zu verhaften. Von den Belagerten waren zwei, von den Belagern, außer dem Offizier, drei Soldaten verwundet. Dieser Vorfalle bildete den

ferung keine Schädigung erleiden werden, nicht näher beleuchten, obgleich es zugegeben sein dürfte, daß Graf Wilhelm, wenn sein Vater eine solche rückläufige Bewegung einleiten wollte, schwerlich der Mann dazu wäre, einem derartigen Beginnen Widerstand zu leisten. Aber zweifellos ist, daß es im eigenen Interesse des jungen Mannes, der noch wenigen Wochen 26 Jahre alt geworden, liegt, nicht der so notwendigen praktischen Ausbildung in seinem Fache schon jetzt entzogen zu werden, welche er hoffentlich selbst noch nicht für vollendet hält. An die liberalen Wähler tritt aber, je klarer die Absicht der Gegner sich enthüllt, nicht mit wirklichen Verdiensten, sondern mit einem bloßen Namen in die Kampflinie einzurücken, desto gebieterischer die Pflicht, einig und tapfer die kurze Zeit zu nützen und für Prof. Reuleaux bei allen Freunden und Bekannten Stimmen zu werben.“

Ferner bringt die früher so heiß bismarckische „Magdeburger Zeitung“ aus Wühlhausen vom 26. April folgenden Versammlungsbereich:

„Nicht um feinetwillen, sondern um seinen Vater zu ehren, wollen die Conservativen unseres Kreises nach eigener Aussage den Grafen Wilhelm Bismarck wählen. Es giebt allerdings verschiedene Wege, den Fürsten Bismarck zu ehren. Man hat ihm Monummente errichtet, seine charakteristischen Züge prangen neben denjenigen des Kaisers und des Kronprinzen auf zahlreichen Kriegerdenkmälern, auf unzähligen Festen ist ein begeistertes Hoch auf ihn ausgebracht, an vielen Orten ist ihm ein Empfang bereitet, wie sonst nur Königen. Welcher deutsche Patriot möchte dies nicht billigen, wer thut da nicht gerne mit, ihn zu ehren und zu preisen! Aber fraglich bleibt, ob gerade die Wahlen dazu gemacht sind, ihn zu ehren. Wenn man aber diese Gelegenheit dazu zu benutzen für recht hält, so fragt es sich noch, was dem Fürsten Bismarck angenehmer sein muß, die Wahl eines Abgeordneten, der die Bismarck'schen Vorschläge auf Grund reicher Erfahrungen und Kenntnisse zu prüfen im Stande ist und ihnen zustimmt, weil er sie als gute erkannt hat, oder die Wahl eines Abgeordneten, welchem jenes Alles abgeht und welcher die Bismarck'schen Pläne nur billigt, weil sie von Bismarck sind. Aber lassen wir die von den Conservativen für unsere Nachwahl so geflüstert herbeigezogene Person des Reichstagslers außer Betracht; jedenfalls ist es für seinen Sohn, den Candidaten, keine glückliche Einführung, wenn seine begeistertsten Anhänger versichern, sie wählen ihn nicht um feinetwillen. Dieser

Gegenstand der Verhandlung vor dem Odessaer Kriegsgericht.“ Ich will Sie mit den Details dieser langweiligen Comödien-Verhandlung verschonen. Nur eins über die Aupenseite solcher Verhandlungen. Die Richter werden im Voraus schon bedautet, wie und wen sie zu verurtheilen haben. Aus diesem Grunde ist die Anklage immer flau und langweilig, und die des Vertheidigers besteht in allgemeinen Redensarten, um Nachsicht, um Gnade u. s. w. Ich will Ihnen aber von dem im Auslande wie bei uns unbekannt gebliebenen Strafenkampfe (die Darstellungen unserer heimischen Presse über diesen Vorfalle sind durchaus verlogen und unrichtig, der vor dem Gerichtssaal und in den umliegenden Straßen nach Verklündigung des Urtheils stattgefunden hatte. Das Urtheil, welches nach mehr als siebenstündiger Verathung (von 2 bis 9 Uhr Abends) der Behörde verkündet wurde, machte einen ungeheuren Eindruck auf die Anwesenden, und wie ein Lauffeuer verbreitete es sich in der das Gerichtsgebäude umstehenden Menge. Das Urtheil lautete, wie Sie schon wissen: gegen Kowalewsky zum Tode durch Erschießen¹⁾, gegen Swititsch auf 8 J., Witafschewsky und Klenoff je 4 Jahre Bergarbeiten in Sibirien (Katorga). Die Frauen Achanaßewa und Witten zur Verbannung nach Sibirien und Frau Merchanowa zu vierwöchentlichem Arrest.

Ich erlaube mir hier, die Worte eines Augenzeugen des Strafenkampfes anzuführen. „Die ganze Straße ringsum dem Gerichtsgebäude,“ erzählte mir mein Gewährsmann, „war mit Kosaken besetzt, außer den im Gerichtshofe sich befindenden 200 Mann. Die angeammelte Volksmenge bestand aus mehreren Tausend Mann, die gegen Abend noch zunahm. Das Publikum bestand aus verschiedenen Elementen und Klassen, und die größere Mehrheit bildeten die Neugierigen. Das Publikum wurde gegen Abend von den Kosaken umringt, die Lanze bereit haltend, als ob sie das Commando zum Angriff erwarteten. Mit einem Mal erscholl ein schrecklicher Ruf: „Kowalewsky ist zum Tode verurtheilt!“ Der Ruf verbreitete sich im Nu, die versammelten Massen wurden unruhig. Die Todesstrafe! die Todesstrafe! erscholl es von allen Seiten... Schluchzen... Verwünschungen... Mörder... miserable Greter... erfüllten die Luft... die Erregung der Menge stieg zum höchsten Grade... und da erscholl das Commando eines Offiziers: „Schlagt sie nieder mit dem Kolben!“ Und eine gräßliche Scene folgte diesem Commando. Die Kosaken, die Pioniere der russisch-civilisatorischen Mission in der Türkei, stürzten sich auf die unbewaffnete Menge und schlugen und rannten alles nieder. (Selbstverständlich schreiben die russischen Zeitungen, daß die Ruhe und Ordnung ohne einen Schuß Pulver hergestellt wurde.) Dann erst folgten aus der Menge vier Schüsse. Von einem längeren Widerstand war natürlich keine Rede; die Menge wurde in allen Richtungen versprengt und verfolgt, und die Strafen blieben in den Händen der braven Soldaten. Nun ging erst die Heze los durch alle Straßen, auf den Promenaden, alles Verdächtige wurde malträtirt, gefnebelt und verhaftet; Frauen an den Haaren herbeigeschleppt. Vom Kampfplatz trug man zwei Tode: einen Gymnasialen der höheren Klasse und einen Studenten; verwundet waren vier Soldaten und ein Offizier. Im Laufe der Nacht wurden viele Hanssüchungen und Bergastungen vorgenommen, und bald werden wir abermals von einem neuen Prozeß mit politischer Tendenz zu hören bekommen.

Im Gerichtssaal spielte sich eine andere nicht minder traurige Scene ab. Eine der Angeklagten bekam bei Verlesung des Urtheils einen Anfall von Hysterie. Aus dem Publikum, das spärlich vertreten war und nur aus den höheren Klassen bestand, erschollen Rufe der Entrüstung... Schluchzen und hysterisches Weinen. Kurz und gut, der Vorstehende konnte die Verlesung des Urtheils nicht zu Ende bringen.

Die Thatfachen sprechen für sich selbst: Das ist Rußland bei sich zu Hause, im négligé so zu sagen.“ So wird von dem Czaren und seinen Helfershelfern das Land regiert und civilisirt. O heilige Krute!

¹⁾ Wie es scheint ist die russische Regierung gefonnen, von nun an alle politischen Prozesse vor das Kriegsgericht zu verweisen. So wenigstens lautet ein neuer Ukas.

²⁾ Kowalewsky wurde den 3. August (al. St.), um 5 Uhr Morgens, unter Bedeckung von mehreren Hundert Soldaten Infanterie, 200 Kosaken, vielen Gensdarmen und Krüßler erschossen. Ein Geisteskranker war nicht anwesend. Das Publikum erfährt erst die Ermordung des jungen und energischen Mannes den andern Tag.

³⁾ Und das ist der Verbündete und Freund des „Deutschen Reichs“, welches sich jetzt über eines solchen Freundes auch nicht mehr zu schämen braucht. Die Redaktion des „Vorwärts“.

unglückliche Eindruck wurde nun in der gestern hier abgehaltenen Wahlversammlung keineswegs verwischt. Die unglückliche Art und Weise, in welcher der Vorstehende, Herr Stadtrath Werner, den jungen Grafen vorführte, hatte eine deprimirende Wirkung und bewegte zum Mitleid; mit einem solchen Versuch der Schaustellung hätte Graf Wilhelm doch schon als Sohn seines Vaters verschont bleiben müssen. Leider war die oratorische Leistung des 26jährigen Candidaten auch nicht dazu angethan, das Mitleid in Begeisterung umzuwandeln. Seine Rede zeichnete sich inhaltlich weder durch besondere Ordnung des Gedankenganges, noch durch Neuheit aus; formell ließ sie alles Markige, Bindende, wie man es von einem jungen Redner zu erwarten pflegt, vermissen. Die Versammlung wäre sehr kläglich verlaufen ohne den Dr. Lucius aus Erfurt, der mitgekomen war, um den jungen Grafen unter seine schützenden Flügel zu nehmen. In welchem Zwecke übrigens der Vorstehende sich in ebenso fulminanten wie ungerechtfertigten Angriffen gegen das liberale Wahlcomité und gegen den liberalen Candidaten, den hochverdienten Professor Reuleaux, gefiel, ist uns nicht klar; es wird sich schon Gelegenheit finden, über dieselben mit ihm abzurechnen.“

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt folgende Notiz:

„Nach Privatmittheilungen aus Wühlhausen war das Auftreten des Grafen Wilhelm Bismarck ein recht trauriges. Der junge Mann scheint es zu Stande zu bringen, daß der bisher für die Conservativen sichere Wahlkreis den Liberalen zufällt.“

Welche Wahlmandate aber für die Wahl des jungen Grafen in Scene gesetzt worden sind, davon unterrichtet uns wieder die „Magdeburger Zeitung“ noch vor der Wahl:

„In heutigen Morgenblatt bereits konnten wir berichten, daß die von einem Berliner Blatt gebrachte Nachricht von dem Rücktritt Reuleaux falsch sei. Jetzt schreibt die „Nat.-Ztg.“ von gestern Abend selbst:

Wir haben gestern folgende aus Eisdorf, 25. August, 6 Uhr 30 Minuten, Abends, datirte Depesche erhalten: „Habe zurückgezogen, Gründe brieflich. Reuleaux“; wir haben den Inhalt dieser Depesche im Montags-Abendblatt mitgetheilt; aus demselben Orte Eisdorf war uns am 24. August, Vormittags, folgende, mit „Reuleaux“ unterzeichnete Depesche zugegangen: „Wühlhausen-Thüringen aufgestellt, bitte.“ Heute wird uns

Sozialpolitische Uebersicht.

Ueber die Harburger Unruhen liegt jetzt ein offizieller Polizeibericht des Harburger Polizeidirektors Scharcht vor, der beweist, daß alle liberalen Blätter, die von den „vereinigten Sozialdemokraten und Welfen“ geschrieben, in-fam gelogen haben. Der Bericht lautet:

Nachdem am 17. d. Mts., Abends gegen 9 Uhr, die Stichwahl hier beendet, begab sich eine große und erregte Menschenmenge zunächst vor das Stadthaus, hier trotz der polizeilichen Abmahnungen ein Fenster einwerfend, und dann vor die Expedition des „Courier an der Unterelbe“, das sog. Hannoveranerlied und das Lied „Freiheit die ich meine“ singend, und Begehens auf den Prinzen Ernst August und den Grafen Grote ausbringend. Von hier verfügte sich die stetig anwachsende Menge vor das Haus des Redakteurs der „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ und begann unter ähnlichen Kundgebungen mit Steinen die Fenster des Hauses zu bewerfen. Die — elf — Polizei-Exekutivbeamten, welche vergeblich die Menge aufgefordert, sich zu zerstreuen, wurden verhöhnt, geworfen und angegriffen. — Das inzwischen auf Requisition erschienene Detachement Soldaten — ein Sergeant und zehn Mann — postierte sich mit der Polizeimannschaft in der Nähe des Stadthauses. Auch hier wurde mit Steinen auf Militär und Polizeibeamte geworfen. Als nun inmittelfst die auf meine Ordre alarmierte Feuerwehrr schon vor und bei der Sammlung thätlich angegriffen, auf dem Plage erschien, wurde, nachdem die aus mehreren Tausenden bestehende tumultuierende Menge vielfach erfolglos zum Verlassen des Platzes aufgefordert und der Versuch fehlgeschlagen, die Masse mittelst des Strahls einer Feuerpritze zu vertreiben, die Räumung des Platzes durch gleichzeitiges Vorgehen der Feuerwehrr, des Militärs und der durch einen Gensdarmen verstärkten Polizeimannschaft versucht. Dieser Versuch würde voraussichtlich ohne Blutvergießen gelungen sein, wenn nicht Militär und Feuerwehrr aus einer von dem Platz abzweigenden Straße, bis wohin sie vorgeückt, durch Werfen mit Mauersteinen, von denen große Haufen dort lagen, angegriffen worden wäre. In Folge dieses Angriffs hat das Militär auf Commando des Sergeanten von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Es gelang jetzt bald den vereinten Anstrengungen, den Platz zu säubern und den Versuch zu neuen Ansammlungen in den benachbarten Straßen zu ersticken. Bald nach Mitternacht war die Ruhe völlig hergestellt. — Zwei Personen sind erschossen, einer ist durch einen Steinwurf getödtet; etwa dreißig, größtentheils leichtere Verwundungen, darunter die einer Anzahl Feuerwehrrmänner, sind vorgekommen.

Ueber die Welfen, noch die Sozialdemokraten werden genannt, doch deuten die angeführten Lieder und Hofs, die gelungen und ausgebracht sein sollen, lediglich auf die Welfen und die Liberalen („Freiheit, die ich meine“) hin. Von der Arbeitermarschallise, die in den ersten Berichten der liberalen Zeitungen eine große Rolle spielte, ist in dem Polizeibericht mit keinem Worte die Rede.

Die Harburger Angelegenheit soll bald nach dem Zusammenritt des Reichstages zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden.

Wieder eine vernünftige Stimme aus conservativen Lager. Die conservative „Norddeutsche Reichspost“ behauptet, daß wir mitten in der Revolution leben, in einer geheimen Revolution, die weit gefährlicher sei, als der Ein-tagekampf auf den Barricaden, und fährt dann fort:

„Es ist nicht der Kampf in Permanenz erklärt, kämpfen nicht Bürger eines und desselben Landes den Kampf auf Leben und Tod mit einander? Ist nicht der Kampf ums Dasein der heftigste Krieg, der geführt werden kann? Der Hauptrevolutionär ist das Großkapital; dasselbe kämpft gegen Alles, was außer ihm steht, einen Vernichtungskampf. Die Landwirtschaft jedoch ist schulplos der Ausbeutung preisgegeben. Das Kapital kämpft gegen sie mit Differentialtarifen, Wucher u., und es findet sich Niemand, der diesem Einhalt thut. Der Schwerpunkt unseres wirtschaftlichen Lebens liegt im platten Lande, die Vertreter des Kapitals haben ihn in die großen Städte zu verlegen verstanden. Das ist auch eine Revolution, wenn man so den naturgemäßen Standpunkt verrückt. Mit Begriffsverwirrung hängt eine jede derartige Krankheit der Gesellschaft an und gipfelt dann in völliger Umwälzung.“

Armer Hamburger! Du glaubtest deine Revolutionsstiefeln bei Kirchheim-Voland verloren zu haben und nun kommt ein naseweises conservatives Blatt und macht auch dich, als einen Ver-

treter des Großkapitals, noch immer zu einem Hauptrevolutionär, zu einem Revolutionär, der jetzt mit den gefällten Ridseläden die Flucht nicht ergreift und auch nicht ergreifen kann. Der „Norddeutschen Reichspost“ aber wollen wir bemerken, daß der Schwerpunkt auf dem platten Lande zugleich der Schwerpunkt der Großgrundbesitzerinteressen ist. Großkapital und Großgrundbesitz aber heuten das Volk gemeinsam aus und treiben dadurch zur Revolution. Kleit-Regow und Hamburger Arm in Arm — und der „Bettelsack an der Stange“ winkt in der Ferne. Netze Zustände, netze Aussichten!

Intelligenzstaatliches. Das „Westpreussische Volksblatt“ theilt, wie wir der „Berliner Volkszeitung“ entnehmen, aus Grodzigno „einen der schreiendsten Beiträge zu unseren traurigen Schulverhältnissen“ mit. Das Schulhaus daselbst ist mit Stroh gedeckt und ziemlich baufällig; das Schulzimmer nimmt die Hälfte davon ein und ist ziemlich genau 25 Fuß lang, 15 Fuß breit und 7½ Fuß hoch. Nach der Forderung von 6 Quadratfuß für je ein Kind und den entsprechenden 11 Bänken zu 6 Sigen ist darin für 66 Kinder Raum. Und zu dieser Schule gehörten des Ostern d. J. 471 Kinder, das heißt siebenmal mehr, als unter Beobachtung der einfachsten sanitären Vorschriften in dem Raum untergebracht werden könnten! Es wird nun bereits für ein neues Schulhaus zusammengekauert, doch übersteigen die geforderten Beiträge die Leistungsfähigkeit des armen Volkes. So mußte z. B. als erste Rate ein Besitzer von 1½ Hufen 40 Thlr. und ein Junkmann 2 Thlr. 22 Sgr. zahlen, und es folgen noch mehrere Raten. Beiläufig ein schlagender Beweis dafür, daß die Schule nicht Gemeindegemeinschaft sein kann. Aber warum legt sich denn der Staat nicht ins Mittel? Nun, der braucht, was er aufbringen kann, in erster Linie für die Soldaten, und es langt nicht einmal. Die Kaiserinnen gehen in unserer Blut- und Eisenzeit natürlich den Schulen vor.

Ein Urtheil über Revolutionen. Ein bekannter deutsch-conservativer Sozialpolitiker schreibt kürzlich von Paris aus in einem Privatbriefe folgendes: „Gegenwärtig studiere ich täglich in den Staatsarchiven und der Nationalbibliothek die Vorgeschichte der französischen Revolution von 1789, die sehr lehrlich ist für die Entwicklung, welche sich unter unseren Augen vollzieht. Sie wissen, daß ich nie Revolution machen oder befördern helfen werde, aber ich will wenigstens erkennen und begreifen lernen, wie ungeschickt und schlecht eine Regierung sein muß, wenn es ihr gelingt, das stets friedfertige Volk auf die Barricaden zu treiben — —.“ Wir betonen nochmals, daß dieser Ausdruck von einem hochconservativen Manne herrührt.

Neumodische Ordnungs-Kanaille. Ueber die von uns schon erwähnten Vorfälle in Schwerin, welche ein besonderes Beispiel von Sittenverwilderung sind, schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Zum vierten Male sind dem Hofbaurath Demmler, dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die Fenster eingeworfen worden; in einem Zeitungsinserte macht er dies bekannt und bittet, ihn endlich in Ruhe zu lassen. Und das geschieht gegenüber einem Manne wie Demmler, der ein hervorragender Künstler, ein vollendeter Ehrenmann und dazu ein Greis ist! Trotz seiner abweichenden Gesinnung erhielt er die politischen Gegner, der Hof in Schwerin selbst die größte Achtung; unsere neumodische Ordnungs-Kanaille aber ehrt weder seine geistige Bedeutung, noch seine Dergengüte, noch sein hohes Alter. Es wäre an der Zeit, daß man ein Ausnahmegesetz gegen dergleichen Vuben machte, welche doch noch eher zu fassen wären, als die sozialdemokratisch-sozialistisch-kommunistisch-untergrabenden Ideen.“ — So die „Frankfurter Zeitung“. — Die liberalen Zeitungen verschweigen fast sämtlich diese Früchte ihrer Erziehung.

Die freiconservative, wohlthätige „Post“ meldet ohne ein Wort der Entrüstung die jammervolle That der Ordnungsstrolche und hebt wie nachricht mit folgenden bezeichnenden Worten an: „Wie man erwarten mußte, hat das Beglückwünschungs-Telegramm des Hofbauraths Demmler hierseits zu der Wahl Freishe's in Berlin wieder Aufregung erzeugt und es sind Demmler abermals Fenster eingeworfen.“ — Wie zu erwarten stand! Ein herrliches Eingeständniß. Natürlich stehen solche Rohheiten, Böbeleien und „rettende Thaten“ zu erwarten bei den Aufhebern, welche die conservativen und liberalen Heßblätter gegen die Sozialdemokraten losschicken. Es

sich, wie vielfach berichtet wird, und noch häufiger als berichtet vorkommt, in elender Angeberei gefallen, das deutet auf eine Gesunkenheit des Charakters, die ihres Gleichen nur in der von Tacitus, Suetonius u. A. so gründlich geschilderten Angeberei aufzuweisen hat.

Es ist gewiß bei den jetzigen Zuständen in Deutschland am Plage, jenes Gesetz wieder in Erinnerung zu bringen, welches die Kaiser Theodosius, Arcadius und Honorius vor 1400 Jahren am 10. März erließen und das sich im Corpus juris, im Codex liber IX. tit. 7 Lex 1 befindet.

„Wenn Jemand, jeder Bescheidenheit und Scham baar, sich herausnimmt, mit ruchloser muthwilliger Frecher Schwärmung unsere Person (Namen) anzugreifen und, wie ein von Trunkenheit Auf-rührerischer, unsere Zeit (Regierung) schmätzt — Den wollen wir nicht mit Strafen bewältigt wissen (poenae nolumus subjugari), noch soll er irgend etwas Hartes (durum) oder Strenges (asperum) erleiden, weil seine Handlungsweise, wenn sie aus Leichtfertigkeit entspringt, der Verachtung, wenn aus Sinnlosigkeit, es am würdigsten ist, daß sie dem Mitleid verfällt, wenn sie aber als Injurie begangen wurde, nachzusehen ist.“

Diesem Bilde in diesem Gesetze halte man die heutigen deutschen, insbesondere die Zustände in Preußen gegenüber.

Der Schreiber dieser Zeilen hat die gesammte Reichsgesetzgebung nicht nur vor sich liegen, sondern eingehend studirt und mit anderen und früheren Gesetzen verglichen. So oft er einen Blick auf dieselben wirft, erinnert er sich der Antwort, die ihm ein ehemaliger Staatsminister der Metternich'schen Zeit und Tendenz gab: „Ob man es wohl regierungsseitig unternommen haben würde, solche Strafgesetze den deutschen Ständekammern der einzelnen Staaten in jener Zeit vorzulegen und ob man auf Erfolg gerechnet haben würde?“

Die Excellenz antwortete ohne Zögern: „Das hätten wir nicht gewagt.“

Man muß bedenken, daß der 65ste oder 75ste Mann ein öffentlicher Bediensteter ist, man muß die ganze Organisation der öffentlichen Gensdarmerei, Zollwächter u. dgl. inbegriffen, und der geheimen Polizei und Spionage, die für dieselbe paraten, budgetmäßigen, und die Mittel des Reptilienfonds hinzunehmend, überschauen, dann:

1) Das Strafgesetzbuch mit seinen 370 Hauptparagrafen und zahlreicher Unterabtheilungen, ferner

ist nur sehr verwunderlich, daß solche Exzesse so selten vorkommen!

Berichtigung. Nicht der Bundesrath, sondern der Justizauschuß des Bundesraths hatte beschlossen, daß in der Sozialistenvorlage der Passus, welcher das confiscirte Vermögen der Sozialdemokratie den Armenaffen zuwendet, gestrichen werden sollte. Der Bundesrath aber in seiner Plenarsitzung hat auf Antrag Breuners in diesem Punkte die ursprüngliche Vorlage wieder hergestellt.

Gut unterrichtet! Durch die liberalen Blätter geht folgende Notiz: „In sozialdemokratischen Kreisen beschäftigt man sich sehr eifrig mit der Frage, wie man, falls das Sozialistengesetz angenommen wird, den bedrohlichen Verhältnissen begegnen und aus dem Schiffbruch noch möglichst viel retten könne. Da liegt denn nun, wie mitgetheilt wird, die Absicht vor, an demselben Tage, an welchem das erwähnte Gesetz in Kraft tritt, oder vielmehr an welchem es im Reichstage angenommen wird, ein Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen nicht erst abzuwarten, sondern ihr Erscheinen freiwillig zu sistiren und ebenso die gesammten Vereine, Hilfskassen u. s. w. aufzulösen, damit für die Verfolgungen und Confiskationen kein greifbares Objekt übrig bleibe. Die Partei hält sich für hinreichend erstarbt, um die Agitation heimlich von Haus zu Haus fortsetzen zu können, ohne dabei Handhaben für die Anwendung des Ausnahmegesetzes zu bieten. Da man jedoch auf die Dauer der Hilfe der Presse nicht gut entkräften kann, so beabsichtigt man, Parteiblätter im Auslande drucken zu lassen und gleich im voraherein Einrichtungen zu treffen, welche die Verbreitung dieser Zeitungen trotz Verbot und trotz Entziehung des Postdebets ermöglichen sollen.“ — Wir freuen uns, daß die liberalen Blätter so sehr besorgt um uns sind, daß sie uns gute Rathschläge erteilen.

Ausbreitung der Sozialdemokratie. Aus Holland ertönt in gegnerischen Blättern folgender Rothschrei: „Die Sozialdemokratie hat auch in den Niederlanden festen Fuß gefaßt; in demselben Augenblicke, wo in Deutschland der Kampf gegen dieselbe energisch beginnt, wagt in Rotterdam und anderen Städten die Sozialdemokratie Kühner als je das Haupt zu erheben. In der genannten Stadt besteht seit längerer Zeit ein Allgemeiner Niederländischer Arbeiterbund, der sich ausschließlich mit den materiellen und intellektuellen Interessen des Arbeiterhandes beschäftigt, sich in keiner Weise jedoch in die Politik mischt. Der neugegründete sozialdemokratische Verein gab sich zuerst Mühe, als ein Zweigverein des Allgemeinen Arbeiterbundes anerkannt zu werden; da aber der letztere die Erörterung politischer Fragen von seinem Programm grundsätzlich ausgeschlossen haben wollte, so constituirte sich der sozialdemokratische Verein selbstständig, und es ist vor-auszusehen, daß beide Vereine sich bald feindlich gegenüberstehen werden. Daß in nicht so langer Zeit im Königreich der Niederlande keine Stadt mehr gefunden werden wird, in der die Sozialdemokratie nicht ihre Vertreter hat, darf als sicher angenommen werden, wie auch, daß von Seiten der Regierung nichts geschehen wird, um die vielleicht jetzt noch ungefährliche Bewegung in solche Bahnen einzulenken, daß dem gemeingefährlichen Charakter derselben dadurch die Spitze abgedroschen würde.“ — Hm! Mit dem „Spitzeabbrechen“ ist's ein eigen Ding. Es ist das leichteste und das schwerste Ding von der Welt. Das schwerste, wenn die Regierung sich einbildet, sie könne willkürlich die Bewegung lenken oder unterdrücken — das leichteste, wenn sie so geschickt ist, die Hände von der Arbeiterbewegung zu lassen und, statt sie hemmen zu wollen, ihr durch vernünftige Reformen förderlich zu sein.

„Die Todten soll man ehren.“ Selbst die Barbaren handeln nach diesem Ausspruch. — Die Arbeiter Deutschlands wollten ihrem größten Todten, Ferdinand Lassalle, zu Ehren am 31. August, an dem Todestage desselben, in zahlreichen Orten Todesfeiern veranstalten. Dieselben sind aber fast überall von der Polizei verboten worden.

In Nürnberg ist den Soldaten der Besuch von 49 Wirthschaften verboten worden, wo Sozialdemokraten verkehrten. „Kommt der Berg nicht zu uns, so gehen wir zum Berge!“ — In Königsberg hat man den Militärpersonen das Lesen und Halten der beiden Fortschrittblätter, der „Hartungischen“ und der „Königsberger Allg. Zeitung“ verboten. Bald wird's den

2) Alle Gesetze, welche neben dem Strafgesetzbuche Strafbestimmungen enthalten oder sich auf das Strafrecht beziehen.

3) Das Militär-Strafgesetzbuch.

4) Die Steuer- und Abgaben-Strafgesetze.

5) Die Polizei-Strafgesetzbücher genau studiren und endlich

6) Die Gesetze über die Presse.

7) Ueber's Vereinsrecht.

8) Ueber Versammlungen und Aufsätze, von den zahllosen anderen Verordnungen nicht zu reden, hinzunehmen.

Von selbst muß man darauf kommen, sich dann die Frage zu stellen:

Bedarf es neben dem colossalen Apparat noch weiterer — Gesetze zur Sicherung der Staatsmaschine? —

Dieses ewige Geprähle von der heutigen „deutschen Freiheit“ ist für den mit Gesetzen Vertrauten mehr als widerlich. Dasselbe geht aus und wird täglich und stets wiederholt: von der offiziellen Presse und vom Beamtenheer, — — — und all dem Apparat steht eine hilflose Presse gegenüber. —

Will man über gewisse Personen oder Vorgänge in Deutschland auch nur halbe Wahrheit erfahren, so muß man die Blätter fremder Nationen durchforschen, um doch etwas Sicheres zu erfahren.

Man redet dem Volke und dieses zulezt sich selbst ein: der alte Polizeistaat sei todt, während er in neuer Uniform, neu aufgelegt, mehr florirt als je und zwar mit seinem alten Motto: „Alles, was nicht speziell erlaubt ist, ist verboten.“

Küßbar aber ist es anzusehen, wie die Hauptgesetze und Maßregeln von den verhassten Franzosen oft wörtlich copirt sind; besonders die Preß-, Vereins-, Versammlungs- und Strafgesetze Louis Napoleon's.

So gleicht auch das jüngst im aufgelösten Reichstag verworfene Gesetz wie ein Zwilling dem Bonapartistischen Ausnahmengesetze, welches auf Orsim's Attentat folgte. — Es fehlt nun nur noch für die bevorstehenden Reichstagswahlen das System der „offiziellen Regierungscandidaten“ (candidatures officielles) und die Copie des Systems des Dezember-Mannes wird vollständig. (Die Regierungscandidaturen sind inzwischen auch eingeführt worden. Red. d. B.)

Ueber die Reaction in Deutschland

fällt Friedrich Hecker, der von seiner Bismarckschwärmerei vollständig kurirt scheint, in der zu St. Louis erscheinenden „Westlichen Post“ folgendes Urtheil:

„Es giebt seit dem Untergang des weitrömischen und des byzantinischen Kaiserreichs kein Land, in welchem die Majestäts- und Beamten-Beleidigungsprozesse so floriren, als in Deutschland.“

Daß sogar Private, daß Bürger in freiwilligster Servilität

nationalliberalen Blättern an den Krügen gehen. Wir aber rufen unsern liberal-fortschrittlichen „Freunden“ von ganzem Herzen zu: „Gethheiltes Leid ist halbes Leid“!

In Duisburg ist der Vorstand des früheren Arbeiterwahlvereins für den Wahlkreis Duisburg-Rülheim wegen verbotener Verbindung mit anderen politischen Vereinen in Anklagezustand versetzt worden. — Gerade als ob für Sozialdemokraten der § 17 des Wahlgesetzes für das deutsche Reich nicht vorhanden wäre. — Genosse Fischer in Wörlitz ist am Freitag plötzlich wieder verhaftet worden. Grund unbekannt.

— Auslieferung. Wie aus Wien gemeldet wird, hat das österreichische Justizministerium die Auslieferung des von dem Stadtgericht Breslau wegen Majestätsbeleidigung verurtheilten und von diesem Gerichtshofe stückweise verfolgten Redakteurs der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Wahrheit“, Karl Andreas Keller, welcher am 3. August d. J. von der dortigen Polizei in Haft genommen wurde, an das Stadtgericht Breslau genehmigt. Es wäre dieses die erste Auslieferung eines politischen Verbrechers seitens der österreichischen Regierung; bisher hatte man es bei der Ausweisung bewenden lassen. — Genosse Lienig, dessen Auslieferung von Bayern verlangt wurde, ist 1875 nach dreiwöchentlicher Haft in Wien nicht ausgeliefert worden, sondern konnte sich dort ungehindert weiter aufhalten.

Correspondenzen.

8. Berlin, den 30. August. Auch hier, wie fast überall in Deutschland, ist die projektirte Vassalleier verboten worden; die Wächter sind so irre an sich selbst geworden, daß sie einen Todten fürchten. Allerdings einen Todten, dessen überlebender Geist die ganze herrschende Gesellschaft, die frech genug ist, sich noch immer zu den Lebenden zu rechnen, um Haupteslänge übertrag. —

Das größte Ereigniß hier ist, daß, nachdem man den Dr. Hirsch fortgedrängt hat, „unser großer Mitbürger“, Herr Ludwig Löwe (für den Segen: um des Himmels willen nicht Lewy, sonst wird er zornig), am 28. d. M. in den Reichshallen seine Candidatenrede für die am 4. September stattfindende Reichswahl zum Reichstage für den ersten Berliner Wahlkreis gehalten hat.

Man muß Ludwig Löwe persönlich kennen, wenn man sich den rechten Begriff von diesem welterschütternden Ereigniß machen will — man muß diese Eitelkeit und Eigenliebe sehen, wenn er die Tribüne besteigt, um einige höfliche Phrasen zu dreheln!

Löwe ist bekanntlich als Candidat der vereinigten Ordnungsmänner, also auch der Conservativen und Reactionäre, in Stolberg-Schneeberg gegen Viehnecht durchgefallen; dort wußte er — er hatte ja einen Sozialdemokraten zum Gegner — sich in den schmähslichsten Schimpfwörtern und Verleumdungen gegen unsere Partei zu ergehen und das Ausnahmegesetz — er mußte ja auch die Reactionäre fangen — in diesen Punkten als ein Bedärfniß hinzustellen; jetzt aber in Berlin — er steht ja den Conservativen und Nationalliberalen gegenüber — reicht er den Sozialdemokraten sein Käsepfötchen und donnert gegen die Ausnahmegeetze. Nur einmal stellte er sich noch weiter rechts in seiner Rede uns gegenüber, als es selbst die preussische Regierung that, indem er behauptete, daß wir den Staat und die Gesellschaft untergraben wollten. Die Regierung spricht doch immer nur von einer bestehenden Staats- und bestehenden Gesellschaftsordnung. Gleich darauf aber war der brave Ludwig wieder so gnädig, daß er meinte, die Sozialdemokraten brauchten aber doch solcher Untergrabungsgelüste halber nicht durch ein Gesetz geächtet zu werden.

Eine Liebe ist der andern werth. Ludwig Löwe hatte früher einmal den „Arbeiterabgeordneten“ Klog, der sich im sechsten Berliner Wahlkreis hat in den Reichstag hineinschwindeln lassen, den Nachfolger Walde's genannt (sonst galt als Nachfolger dieses Ehrenmannes immer bei den Fortschrittler den verstorbenen Hoyerbed); diese Schmeichelei bewog den alten Herrn dazu, Ludwig Löwe warm zu empfehlen. Dabei konnte Klog es aber nicht unterlassen, wie vor einigen Tagen dem Eugen Richter, diesmal dem braven Ludwig eine Moralpredigt zu halten. Klog sagte nämlich, daß man einst den Fortschrittler nachsagen mußte, sie seien ehrliche Leute gewesen, sie hätten ihre Mandate nicht zu ihrem Vortheile benutzt, und fügte dann hinzu, daß Ludwig Löwe allerdings in seiner communalen Wirksamkeit dem oder Jenem zu nahe getreten sei (Viehhof! Viehhof!), das dürfe man ihm aber nicht nachtragen. Ein böser Dieb, lieber Ludwig, von dem alten Corrector der Fortschrittsblätter, den Du da empfangen hast! Löwe hat nämlich die Verlegung des Viehhofs in der Stadtverordnetenversammlung nach einem Theile der Stadt durchgesetzt, in welchem er, seine Verwandten, seine Freunde und seine Ödnen großen Grundbesitz haben, der natürlich im Werthe durch die Verlegung steigt. — Empfohlen wurde Löwe trotz alledem und gewählt wird er auch trotz alledem — Moral predigt ein fortschrittlicher Schwärmer eben nicht zu besitzen.

Die Liberal-Conservativen wollen im ersten Wahlkreise dem Herrn Löwe den in München durchgefallenen Freiherrn von Stauffenberg entgegenstellen.

Im 2. Wahlkreise wird fortschrittlicherseits der in Rudolfsbad durchgefallene frühere Abgeordnete Hofmann, von unserer Seite Genosse Baumann aufgestellt. Die Conservativ-Liberalen schwanken zwischen Grüneberg, Grumbrecht und dem Dr. Strudmann. Der Letztere ist nominirt worden. —

Der Redakteur der „Tribüne“, Freund von „Unserm Braun“, Herr Dürholt, hat sich in der Nacht vom 26. bis zum 27. in der Leipziger Straße mit einem Kellner geprügelt, wobei ihm äbel mit dem Hausschlüssel mitgespielt worden ist. Ich erwähne diesen Vorfall nur, weil Dürholt einer der hervorragenden Ordnungsmänner der liberalen Partei ist und auf die „pöbelhaften Sozialdemokraten“ in denkbar pöbelhafter Weise fortwährend schimpft. — Das hiesige Stadtgericht scheint dem Reporterung, den die Herren Wagner und Bennemann hier längere Zeit getrieben haben, ein Ende setzen zu wollen. Polizei- und Criminalbeamte sind aufgefordert worden, diesen Windbeutel, welche alle Nachrichten (Hödel-Nobiling-Lügen) nur der „Zeitenreife“ wegen übertreiben, keinerlei Mittheilung mehr zu machen. Den liberalen Zeitungen, voran die „Tribüne“ und das „Tageblatt“, welche lediglich nur vom Scandal leben und auswärtige Blätter (auch das „Leipziger Tageblatt“) und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Leipzig. Der Segen) mit Scandalnachrichten aus Berlin füttern, sind über diese Anordnung sehr erbost und sprechen von Beeinträchtigung der Pressefreiheit. Schöne Pressefreiheit, das! Ausnahmegeetze gegen die Freiheit, Unterstützung der Lüge und der Verleumdung — so möchte es die hier herrschende liberale Presse gern haben.

Breslau, 26. Aug. Als der Arbeiter Viehr Sonntag Abend vor 9 Uhr am Arme seiner Frau über die Schweigerstraße ging, begegnete ihm ein gemeiner Soldat vom 61. Infanterieregiment, welcher sich unanständige Handbewegungen gegen die Frau er-

laubte. Auf die Erwiderung der Frau, daß sie sich derartige Rohheiten verbitte, stürzte aus einem Nachbarhause, wo sich eine militärische Wachtstube befindet, ein wachhabender Soldat heraus, drang mit gezogenem Säbel auf den Mann ein, warf denselben zu Boden und schlug ihn, so oft er aufstehen wollte, mit seinem Seitengewehr nieder. Eine große Anzahl Soldaten umringten die Angegriffenen während dieses Vorfalls und schleppten schließlich das Ehepaar in die Wachtstube. Der Mann wurde hierbei arg gemißhandelt, der Frau wurden die Kleider buchstäblich in Fetzen vom Leibe gerissen. In der Wachtstube wurden die Brutalitäten fortgesetzt, ein Soldat packte den L. bei der Kehle und schleuderte ihn herum, ein anderer empfing die Angegriffenen mit dem Ausrufe: „Das Bestirge muß gerächt werden!“ (Bezieht sich auf einen Vorfall der vorangegangenen Nacht, wo Soldaten mit dem Rufe: „Euch Sozialdemokraten wollen wir's anstreichen!“ Häuser demolirten und Menschen verwundeten.) Ein anderer Soldat hielt dem L. sein Gewehr vor das Gesicht und rief: „Das ist scharf geladen, hier ist Feuer drin!“ und auf seine Patronentasche zeigend: „Hier giebt's noch mehr, wenn das nicht langt!“ Als L. sich als Reservist legitimiren wollte und angab, daß er auf der Schweigerstraße wohne, erhielt er zur Antwort: „So, hier wohnt Ihr, da seid Ihr schon das richtige Pack.“ ferner mußte das Ehepaar Schimpfwörter anhören, wie: „Du Louis, Du H...!“ Leute aus der Nachbarhaft erschienen durch den Lärm angezogen in der Wachtstube und legitimirte das Viehr'sche Ehepaar als friedliche, ruhige Menschen, so daß sich die wüthenden Soldaten schließlich genöthigt sahen, nach halbständiger Freiheitsberaubung die Gefangenen wieder zu entlassen. Der Arbeiter Viehr ist sehr schwer verletzt und wird bestenfalls wochenlang Arbeitsunfähigkeit davontragen. (Es ist ein gutes Zeichen für die Tüchtigkeit des deutschen Volks, daß bei den fortwährenden Aufsehereien der Soldaten gegen die Sozialdemokraten von den ersteren nicht noch mehr Erzeise gegen unsere Parteigenossen begangen werden. A. d. B.)

Bittau, 18. August. Auch aus unserem 1. sächsischen Wahlkreise sind wir in der freudigen Lage, durch die am 30. Juli abgegebene Stimmzahl einen enormen Zuwachs unserer Partei zu verzeichnen; wenn man in Betracht zieht, daß wir keine ohne Agitationsmittel und ohne daß unser aufgestellter Candidat, Herr Otto Freitag in Leipzig, sich seinen Wählern persönlich vorgestellt, wohingegen der Gegencandidat der sogenannten „vereinigten liberalen Parteien“ am hiesigen Orte zu verschiedenen Malen aufgetreten und auch beinahe jedes einzelne Dorf in unserm Bezirk heimgesucht hatte, unser Candidat dennoch eine Stimmzahl von 1921 erhielt. (Bei der Reichstagswahl im Januar 1877 erhielt unser damaliger Candidat 1280 Stimmen.) Indem wir uns mit vollem Rechte ob dieses günstigen Resultates freuen, wollen wir aber auch hoffen, daß sich nunmehr auch die uns noch fernstehenden anschließen werden, damit wir bei der nächsten Wahl als ein geschlossenes Ganze, Mann an Mann, dastehen. — Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns zur Kennzeichnung der hier „vereinigten liberalen Parteien“ eine von dieser Gesellschaft abgehaltene Wählerversammlung zu erwähnen, obschon wir überzeugt sind, den geehrten Lesern d. Bl. dadurch nichts Neues zu bieten, da das Vorgehen dieser Gesellschaft nach den verschiedenen Berichten wohl als ein „schablonartiges“ bezeichnet werden kann: überall dieselbe Einleitungsform, wodurch schon an und für sich die Mitglieder unserer Partei von der Theilnahme ausgeschlossen waren; überall dieselbe Einleitungsform, welche stets mit den Worten „die rachslosen Missethäter auf das geheilte Haupt“ begann und mit „Bernichtung der hirnverbrannten Umsturzpartei“ endigte; überall die inhaltsleichen, phrasenreichen, vielversprechende und kantschulartige Programm-Entwickelung des vortragenden Candidaten u. s. w. Die einzige Ausnahme, welche man uns gestattete, war die, daß man an allen Orten die Redezeit auf volle 10 Minuten (!) feststellte. Unser bewährter Genosse, Herr Renke, welcher zum Glück von dem betr. Vorsitzenden trotz seiner colossalen Brille nicht früh genug als Sozialdemokrat erkannt wurde, benutzte denn auch diese 10 Minuten in der ausgiebigsten Weise, bei welcher Gelegenheit derselbe alle ausgeprochenen Verdächtigungen und Schmähungen gegen unsere Partei mit warnen, zum Herzen sprechenden Worten widerlegte und die Grundprinzipien der Sozialdemokratie in leicht faßlicher und klarer Weise kennzeichnete, was denn auch bei den zahlreich versammelten Zuhörern ihre Wirkung nicht verfehlte, indem am Schlusse dem Redner fast allgemeiner Beifall gezollt wurde, so daß die Herren am Vorstandstische in der größten Verlegenheit sich zu befinden schienen. Das war denn doch zu viel für ein „vereinigt liberales“ Comité, das mußte gerächt werden. Und so geschah es denn auch, daß der Vorsitzende, nachdem das Bravollstische verklungen, den gen. Redner darauf aufmerksam machte, daß er nicht das Recht gehabt, in dieser Versammlung zu sprechen, indem nur die Mitglieder ihrer Farbe eingeladen seien und auch nur diese allein dieses Recht für sich in Anspruch nehmen könnten. Jedoch nun war es einmal zu spät; das was zu sagen notwendig gewesen, es war gesprochen, es hatte augenscheinlich gewirkt, denn sogar nach mehrmaligem Auffordern des Vorsitzenden zur Weiterführung der Diskussion meldete sich kein Redner mehr zum Wort und wurde, nachdem derselbe den Candidaten Herrn Renke aus Berlin nochmals empfahl und der gen. Candidat à la Grüneberg die Versammelten ebenfalls hat, ihre Stimmen auf seine Person zu vereinigen, die Versammlung geschlossen. — Zum Schlusse noch eine Probe der jetzt üblichen Sozialistenhege: Ende Juli wurde hier der Photograph Unger wegen Wortes verhaftet; die „Bittauer Morgenzeitung“, welche diese Nachricht zuerst ihren Lesern aufstieß, konnte bei dieser Gelegenheit nicht umhin, unter anderem, ihr größtentheils von alten Weibern zugebrachten Nachrichten über die Art und Weise des begangenen Mordes, sowie auch über die Person des Mörders selbst noch die Bemerkung beizufügen: „Unger ist Sozialdemokrat“. Obichon es heute geradezu Mode geworden ist, jeden gemeinen Verbrecher der Sozialdemokratie anhängen zu wollen, so gehört aber zu genannter Auslassung denn doch eine so bodenlose Portion Frechheit, die selbst — Hödel nicht zugutruhen war, denn der Redakteur dieses Klatschblattes weiß nämlich ganz genau, daß derselbe Mitglied der Partei ist, von welcher gen. Blatt unterstützt wird, und folglich auch in diesem Sinne schreiben muß, nämlich der — Fortschrittspartei.

München, 27. Aug. Allgemeine Bewunderung rief es hervor, das zu Königs Geburtstag das Gebäude der Polizeidirektion mit einer blau-weißen und einer mächtigen weithin flatternden schwarz-roth-goldenen Fahne besetzt war. Leider sollte die Freude der guten Münchener nicht lange dauern, denn im Laufe des Vormittags wurde die schwarz-roth-goldene Fahne eingezogen und nun baumelte die blau-weiße Fahne wieder allein im Winde. Selbstverständlich ist über die Affaire ein genauer Bericht nach Berlin abgegangen, und soll man an maßgebender Stelle darüber ziemlich verschnupft gewesen sein.

Gainsdorf, 27. Aug. Die Hundstage und die Wahlcampagne sind vorüber, nicht aber die Arbeitsentlassungen. So wurde dieser Tage wieder ein Arbeiter auf der Königin-Marienhütte

entlassen, der daselbst seit 1865 in Arbeit stand. Auch gelang es demselben nicht, an anderer Stelle Arbeit zu erhalten, weil unter dem Arbeitsattest von der Königin-Marienhütte sich vier kleine Striche befanden, die jedenfalls andeuten sollten, daß der betr. Arbeiter Sozialist sei. Uebrigens hat sich auch wieder hier der Fall zugetragen, daß einem eifrigen Reichsfreunde, der kurz vor der Wahl den Sozialisten öffentlich den Vorwurf machte, den Cultus der „freien Liebe“ einzuführen, dieser Tage etwas ganz Sonderbares passirt ist. Besagter Herr, schon seit Jahren verheirathet, machte nämlich unlängst einem jungen Mädchen in Niederplanitz wiederholt Heirathsanträge, die dieselbe jedoch späterhin zurückweisen mußte, da es zu ihrer Kenntniß gelangte, daß ihr „Anbeter“ bereits verheirathet sei. Darauf schmerzte der abgewiesene Freier „bei Gott dem allmächtigen und allwissenden“, daß er ledig sei. Natürlich ist dieser Vorfall den „Reichstreuen“ nicht gerade angenehm, da doch sonst die Ordnungshelden in jeder Beziehung moralische Musterarten sein wollen.

Augsburg, 24. August. Kann die Sozialdemokratie vernichtet werden? Durch Pulver und Blei? Durch Einkerkelungen? Durch Gewaltmaßregeln? Mit Nichten! Der Mensch hat trotz aller Gewaltmaßregeln und zu Stande kommenden Ausnahmegeetze doch noch immer in seiner Familie und im Kreise seiner Freunde Gedankenfreiheit. Die Sozialdemokratie erbt sich in der Familie fort, der Drang nach Freiheit und Gleichberechtigung wird immer mächtiger und gleicht dem Bergstrom, der Alles überspringt, was seinen Lauf zu hemmen sucht. Als ich noch ein Knabe von 12 Jahren war, las ich die Hincichtung des Freiheitskämpfers Robert Blum. Und fest hat sich mir ins Gedächtniß gesetzt die Abbildung in der Ulmer Bilder-Chronik des Jahrgangs 1849, wie der freie Mann zu sterben weiß, wie Robert Blum mit erhobener Rechten die Worte sprach: „Ich sterbe für die deutsche Freiheit, für die ich gekämpft, möge das Vaterland meiner eingedenk sein.“ Von Augen durchbohrt hauchte er sein Leben aus. Eine Trauerkunde durchlief das ganze Land, ein Wort von „Rechtswegen“ war gesehen, und der Staat war gerettet. Das Leben konnte man dem Freiheitshelden nehmen, aber seine Ueberzeugung lebte fort, lebt heute noch und wird fortleben. Und gegen solches Fortleben will man Ausnahmegeetze fabriziren? Welche Thorheit! Werden diese genügen, um dem Denken des Menschen Grenzen zu setzen? Nein. Der Drang nach Freiheit, das Streben der Sozialdemokratie hat so sichere Grundlagen, daß alle Gewaltmaßregeln ohnmächtig sein werden gegen den strebenden Geist des Menschen, gegen den Aufbau des Sozialismus.

Wie ich schon oben bemerkt, habe ich in meinen Knabenjahren das „Gift“ der Freiheit eingelegnet; ich habe das „Gift“ genährt, und bestände mich wohl dabei; Ende der 60er Jahre war ich auch so unglücklich, von der „Seuche der Sozialdemokratie“ befallen zu werden, und siehe, ich bin noch gesünder und kräftiger geworden und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß einem gefunden Körper ein solches „Gift“ durchaus nicht nachtheilig ist, sondern von großer Wohlthat sein kann. Möge doch Jeder von diesem „Gift“ der Aufklärung, von diesem Drange nach Freiheit und Gleichberechtigung recht große Portionen für seinen Körper einnehmen, und er wird geistig wandern erfahren; es wird ihn erfüllen mit Liebe zu seinem Nächsten, es wird ihm klar werden, daß der Mensch als solcher sein Recht zu fordern hat und daß Rang- und Standesunterschied eine „Pestbeule“ für das menschliche Dasein bildet. Diese Pestbeule schneide man auf, diese Pestbeule schaffe man fort, auf daß der Gesellschaftskörper gesundet, dann, ja dann — ist die Sozialdemokratie vernichtet. B.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Schon bei Gründung des Bundes wurde ich von verschiedenen Seiten anregt, die Elementarlehen des Gesanges in einem Festschen herauszugeben und da sich diese Anregungen in neuerer Zeit vermehrt haben, so wird demnächst eine „Elementarlehre für die Sänger der Arbeiter-Gesänge“ erscheinen.

Es ist dieses Festschen für den Selbstunterricht berechnet und hält die Grundlagen des Gesanges in systematischer Folge. Ich wünsche daher demselben im Interesse des vierstimmigen Männergesanges eine recht weite Verbreitung.

Preis 20 Pfg., 20 Stück 3 Mark, 50 Stück 5 Mark gegen Kasse. Bestellungen nehme jetzt schon entgegen.

Mit Gruß
Emil Saureteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion. H. Dehne Hannover: Erwünscht. — K. S. Hannover: Wir tadeln natürlich jede Thierquälerei, wir hassen jede Reserchererei, wir hassen jede Gewaltthat. Die sozialdemokratischen Lehren wideren aber auch die Seiten. Wenn uns also der Herr der durch Einführung der Prügelstrafe die Sittenerwilderung aus der Welt schaffen will, im „Hannoverschen Tageblatt“ der Pflege der Sittenerwilderung anlagte, so ist derselbe, gelinde gesagt, einer von den vielen Bedauernswürdigen, die über Sachen in die Welt schwatzen, von denen sie absolut keine Kenntniß haben. — Kennt aber dieser Herr den Knaben, der die Leichen gequilt hat und deshalb sicher Strafe, aber besonders Bekehrung verdient, „eine Bestie in Menschengestalt“, will er ferner bei einigen Gefangenen sogar die „neuschwänzige Kage“ des Tages dreimal angewandt wissen, so trifft für ihn selbst der für den Verhengerquäl gewählte Ausdruck vollständig zu: „eine Bestie in Menschengestalt.“

Dultung. Czarl Preßburg Ab. 264. Hfmann London Ab. 40,80. Schlr Drededen Ab. 250,00. Hf Sonneberg Ab. 9,40. Brühl R. Schönberg Ab. 12,31. Rio Altona Ab. 49,00. Rnf Jeankfurt Ab. 63,00. Schndt Kdmerstadt Ab. 6,50. Ohman Forstheim Schr. 22,10. Rhlmann Lüneburg Schr. 6,60. Rldt Stuttgart Bähnen 4,50. Ströbrg Düsseldorf Schr. 3,75. Wretel Heildronn Schr. 4,45. Rbl Köln Schr. 0,50. Wgar Alstedt Ab. 1,00. Schlg hier Ab. 2,00.

Unterstützungsfonds.

Von Janowitz 2,30.

Da demnächst

Der arme Conrad 1879

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk

erscheint, so ersuchen wir die Bestellungen hierauf uns schon jetzt zugehen zu lassen, damit wir einen geregelten Versandt bewerkstelligen können.

Preis pro Expl. broch. 40 Pf., geb. 60 Pf. Bei Bezug von 12 Stück und darüber pr. Stück 25 Pf.

➔ Versandt nur gegen baar oder Postvorschuss. ➔

Die Expedition des „Vorwärts“,
Leipzig, Färberstraße 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Schöffel in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstr. 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der „Vorwärts“-Buchdruckerei in Leipzig.

geschweige denn bestraft werden, kommen wöchentlich vor. Besonders auffällig vermehrt sich die Zahl der Vergiftungen in den begüterten Klassen und der Würde unter Eheleuten aller Klassen. Die Presse ist voll von eheleichen Skandalen. Die Fälle von Hungertod und äußerster Verelendung erregen kaum mehr die allgemeine Aufmerksamkeit — das Juviel daran stumpft die Nerven ab. Was aus alledem werden soll, wenn erst der Winter mit seiner langen Dauer und Härte wieder den Einzug hält, das bleibt zu sehen. Die Sterblichkeit hat, trotz den jetzt ziemlich genügenden Vorkehrungen der Sanitäts-Behörden, in den heißen Wochen die höchste frühere Zahl fast wieder erreicht — infolge der ungenügenden Ernährung und Lebensweise; die Zahl der Eheschließungen ist kaum je so gering gewesen.

Aber trotz alledem und all dem ist die sozialdemokratische Bewegung in erfreulichem Wachsen, und die staunenswerthen Erfolge, welche sie im deutschen Reich bei der Wahl am 30. Juni errungen hat, erragen unter den Unseren die innigste Freude, unter den Gegnern dumpfes Ersauern. Es dämmert unjer Tag, die Reigenröthe zieht herauf und die düstere Nacht weicht zurück.

Correspondenzen.

Meerane, 16. August. Die Wahl ist vorüber. Stichwahlen haben stattgefunden, und aus allen Kreisen dringt frohe Kunde von der lastvollen Haltung der Sozialdemokratie. Wahlkreise, welche einige Tausend Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigen, geben ihre Freude im „Vorwärts“ kund und eine Lust ist es, solche Berichte zu studieren, wo man Freude aus jeder Zeile herausfindet. Aber trotzdem läßt der 17. sächsische Kreis, bez. Meerane, nichts von sich hören. Man dachte doch, es gäbe von hier viel zu berichten, da doch auch uns der Sieg nicht über Nacht zugefallen ist, aber kein Wort bekommt man davon im „Vorwärts“ zu lesen. Trotzdem die alte Garde hier thront, findet sich Niemand, der sich der Mühe unterzieht, einen Bericht zu erhalten. Wir haben doch wahrlich Grund, uns anderen Genossen auch zu zeigen und brauchen uns nicht zu schämen, sondern können ein donnerndes „Hurrah“ in die Welt hinausrufen, denn unser Kreis hat die bedeutendste Majorität beim ersten Wahlgange auf seinen Kandidaten vereinigt, und trotzdem ist alles so ruhig, daß Herr Prof. Dr. Birnbaum seine Freude haben muß, daß nichts Genaueres über seine Niederlage in die Ferne dringt. Schreiber dieses hat sich schon gewundert, daß, als unser Brude nach der letzten Session des verflohenen Reichstags, wo er in einer großartigen Vertammlung seinen Wählern Bericht erstattete, nichts bekannt geworden ist. Und wie viel gab es jetzt zu berichten, wo die Gegner kein Mittel schreuten, um uns zu stürzen. So z. B. bei der letzten großen Versammlung, wo die Ordnungsmänner in letzten Stunde Herrn Hotelier Helbig für seinen Saal wohl das zwanzigfache boten, um nur die Versammlung unmöglich zu machen. Das allermeiste haben sie, die Gegner, in einem Flugblatte geleistet, wo sie unsern Brude als einen Groß-Betreibehändler hinstellten, der von der Sorte wäre, welche den armen Leuten das Brot theuer machten. Doch war dieser Ausdruck recht plump; vielleicht hätten die Herren gar nicht daran gedacht, daß die meisten, ja vielleicht alle Großhändler oder Blutlanger unter den Ordnungsbefehl selbst zu suchen sind, und dabei wurde der Prof. Dr. Birnbaum so warm empfohlen, weil — nun weil er die Arbeiter mit Zwiebeln ernähren will. — Darum Genossen, legt Euch nicht auf die Bärenhaut, sondern trage ein Jeder dazu bei, daß wir von Zeit zu Zeit auch ein Lebenszeichen von uns im „Vorwärts“ geben.

Freiberg, 19. August. Bei der heute erfolgten offiziellen Stimmenauszählung erhielt Genosse Max Kayser 8098 Stimmen, während der liberale Aug. Penzig deren 6978 erhielt. Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen betrug 15,076, so daß also ca. 55 Proz. der Stimmen für den sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden. Obigen 8098 Stimmen dürfen jedoch mit vollem Recht auch jene 78 Stimmen zugerechnet werden, welche der Gemeindevorstand zu Krummhennersdorf für ungültig erklärt hat, weil der Name Kayser (richtig) mit y geschrieben war, während der Wahlkommissar des 11. Bezirks in seinen Bekanntmachungen „Kaiser“ geschrieben hatte. Ein Wahlprotest, von den Liberalen bereits eingegeben, der gegen die Gültigkeit der Wahl überhaupt erhoben wurde, weil die Zettel sämtlich den Namen Kayser „mit dem Psi-lon“ führen, dürfte ohne jede Folgen bleiben. — In Kürze darf ich Ihnen hierbei wohl auch berichten, daß kurz vor der Wahl noch mehrere Versammlungen hier und in der Umgegend stattfanden. So am 12. August in Mülsdorf, wo ich Sprecher war und Genosse Vosske, am 13. in Freibergsdorf, wo ich gleichfalls das Referat übernahm; nicht minder traten Genosse Salsch aus Dresden und ich den Liberalen in Vertelsdorf am Abende vor dem Wahltage entgegen, während Genosse Liebnecht in der Stadt Freiberg am demselben Abend eine richtige Versammlung hatte, in welcher er namentlich einem Schullehrer, der all das, was Liebnecht aussprach und entwickelte, noch „nicht gelesen haben wollte“, in gebührender Weise zurechtwies und dadurch jedem andern Rath benahm, an Thatsachen herumzudröseln, nur um zu „nörgeln“. Dieser großen Versammlung in Freiberg dürfte ein gut Theil jener Stimmen in Stadt Freiberg selbst zuzuschreiben sein, die wir im diesmaligen zweiten Wahlgange mehr als beim ersten erhielten.

Biesbaden, 15. August. Nur selten ist eine Correspondenz aus Biesbaden im „Vorwärts“ zu lesen. Dieses mag darin seinen Grund haben, daß die Zahl der Parteigenossen hier in der Stadt des Luxus und der Anechteligkeit, eine verhältnismäßig geringe ist; und die Agitation durch lokale Umstände sehr erschwert wird. Die Wahlbewegung im hiesigen (2. nassauischen) Wahlkreise, speciell in der „Königin der Länder“, ist indeß zu interessant um übergangen zu werden. Die (frei-) Conservativen ergriffen die Initiative, und zwar bei Zeiten, um die bislang dahier herrschende Fortschrittspartei aus dem Sattel zu heben. Der Schrecken und die Entrüstung der Leiter der Fortschrittspartei war um so größer, als sie von dieser Seite auf eine selbständige Thätigkeit nicht gerechnet hatten. Und es geschah, was 1877 nicht notwendig gewesen: Schulze-Delisch kam selber und hielt seine Candidaturrede. Bei dieser Gelegenheit sah ich genannten Herrn zum ersten Male. Er machte auf mich den Eindruck eines selbstgefälligen Bourgeois, der eine hohe Meinung von seiner eigenen werthen Persönlichkeit hat. Diese meine Meinung hörte ich auch von Andern bestätigen. Seine Rede behandelte die Tagesfragen in der bekannten fortschrittlichen Weise, wobei er das Genossenschaftswesen besonders hervorhob, und nicht genug Nähmliches davon zu erzählen wußte. Auch bezeichnete er dasselbe als Etwas, das „Hunderttausende von der rothen Fahne fern gehalten und von der Verführung der Sozialdemokraten beschützt hat“. Herr Schulze-Delisch sagte dies aber nur „als der erwähnte Vorstand, als der Anwalt der deutschen Genossenschaften“. Die Sozialdemokratie und

ihre Anhänger erhielten so en passant einige Klaps. Er sprach beispielsweise von der „wüsten Agitation der sozialistischen Partei“, und im weiteren Verlaufe seiner Rede folgende, den Hrn. „Dr.“ Schulze charakterisirende Sätze: „Wissen Sie, was die Sozialdemokraten können? Höchstens eine Emute machen; sie können verwerfliche, heillose Zustände für den Augenblick über uns bringen, aber dauernd nicht. Dazu gehört, daß sich das besitzende und gebildete Bürgertum mit erhebt. Das ist überall so gewesen, die große französische Revolution wurde nicht von den Sozialdemokraten gemacht; als letztere allein nachher schädigend austraten, wie in der jüngsten Zeit die schändliche Commune, da war auch ihre Herrschaft bald zu Ende. Die Sozialdemokraten machen, wie gesagt, wohl Emuten, aber keine Revolution. (Beifall.) Denn ihre Theorien sind unsinnig und naturwidrig, sie wollen Dugend Epizentzen statt der selbständigen Charaktere machen, sie wollen dem Menschen nach seinen Bedürfnissen statt nach seinen Leistungen Vrdienst geben, das aber ist verrückt und toll und unsinnig. Die conservative Junkerpartei aber, welche alte, ausgelebte, verrottete Formen zu conserviren strebt, macht die Revolutionen.“ Natürlich war es uns nach solchen Complimenten unmöglich, Herrn Schulze-Delisch unsere Stimmen zu geben, obgleich seine Candidatur immerhin annehmbarer war, als die des (frei-) conservativen Regierungsrath von Reichenau. Vier Tage vor der Wahl hatte Schulze-Delisch seine Rede gehalten; zwei Tage vor der Wahl stellten uns Liebnecht als unsern Candidaten auf. Derselbe erhielt insgesammt 436 Stimmen (Jacoby 1877: 344 St.), in Wiesbaden allein 361 (1877: 273). In der Ortlichkeit konnte bei der Kürze der Zeit keine Agitation entfaltet werden, und fehlte es auch an Mitteln hierzu. Mit zünftlicher Gewißheit kann man annehmen, daß nur Sozialisten für Liebnecht stimmten. Wahlergebnisse für den 2. nassauischen Wahlkreis: Schulze-Delisch 10,557. Radó (ultramontan) 5129, v. Reichenau (frei-conservativ) 1853, Liebnecht 436, unglücklich 54, zerplittert 7. Die Haltung der hiesigen Presse („Rheinischer Courier“ und „Nassauische Volkszeitung“) läßt an rationaler Gefinnung nichts zu wünschen übrig. Namentlich ist es der „Rheinische Courier“, nebenbei das gelesenste hiesige Blatt, welches sich hierzu besonders hervortut. Von der Sozialdemokratie hat diese Zeitung die schärfsten und verrücktesten Ansichten; gerade wie Herr Schulze-Delisch. Selten erscheint, namentlich in letzter Zeit, eine Nummer des „Rhein. Courier“, in welcher nicht auf die sozialistische Partei geschimpft, oder selbe verleumdung wird. So lautete beispielsweise ein Gedicht in der 2. Ausgabe vom 2. Juni c. (erschien am Sonntagmorgen, also vor dem Nobiling'schen Attentate) folgendermaßen:

Geharnischte Sonnette.

1) An die Sozialdemokraten.

Verleugnen könnt ihr nicht den Mordgesellen,
Vom Weine, den ihr schenket, war er trunken.
Draum laßt das Wort in eu'ern Ohren jellen:
Ihr seid der wahren Freiheit Todes-Unken.
Der Wüste Trugbild höhnt mit frischen Duellen
Den, der verschmähdend in den Sand gesunken.
Er rafft sich auf, er lechzt nach jenen Wellen,
Der Trug erlöset, mit ihm des Lebens Funken.
Ihr schaffet in den Irzen die Bewältigung,
Dann weht Ihr auf den Durs, den weheltollen,
Die Wier entzündend mit des Teufels Süßern.
Wach' auf, mein Volk, voll heiliger Entrüstung
Und laß sie hören Deines Hornes Wollen,
Sie wollen Dich verwüthen und vermidern.*

(Folgt Sonnett Nr. 2, in welchem weniger geschimpft wurde.)

Ebenso wurde die Partei für Nobiling's Verrücktheit verantwortlich gemacht. Ob und inwiefern der „Rheinische Courier“ ein Reptil ist, weiß ich nicht; die Haltung ist aber wenigstens darnach. Consequente Logik ist dem Blatte ein böhmisches Dorf. Wenn ich zu Anfang sagte, die Agitation für unsere Partei sei hier durch lokale Verhältnisse sehr erschwert, so hat das in Nachstehendem seinen Grund. Zunächst ist Biesbaden „Kurstadt“. Man denke hier aber nicht, daß „Kur“ Heilung von einer Krankheit oder eines Leibesleidens bedeute. In diesem Zwecke sind kaum ein Drittel der „Fremden“ hier; zwei Drittel kommen hieher, um sich zu amüsiren (Sommerfrischler). Zum Vergnügen ist denn auch alles eingerichtet; aber nur für Leute die Geld, und zwar viel Geld haben. Die „Kur“ ist für die Einen die Welt; sie verdanken derselben (wenn auch nicht mehr in dem Maße wie zu Zeiten der Spielbank) direkt oder indirekt ihr Bestehen. Für Andere, und zwar ist dies die haute volée, hat die „Kur“ das Angenehme, sich immer in „honneter Gesellschaft“ bewegen zu können; sowie auch sie (die „Kur“) das „erhebende Bewußtsein“ bietet, öfter hohe und höchste Persönlichkeiten in ihrer (haute volée) Mitte zu wissen. Daß eine solche „Kur“ im sozialistischen Staate schwerlich Platz finden dürfte, wissen die Interessenten sehr wohl; daher deren Abneigung gegen den Sozialismus. Die Masse der Kleinbürger ist durch die Presse bereits demoralisirt und verarbeitet, daß sie, ohne jemals eine sozialdemokr. Schrift oder Zeitung gelesen zu haben, sich der Sozialdemokratie gegenüber feindlich oder indifferent verhält. Und doch hätten sie es alle im eigenen Interesse höchst notwendig sich uns anzuschließen, da sie doch Tag für Tag durch Thatsachen belehrt werden, daß ihr Sterbeglocklein läutet indem Einer nach dem Andern dem Concurse verfällt und zum Proletariat hinabsinkt. Ja, selbst die so Proletarisirten verkennen wie so viele Proletarier ihre wahren Interessen. Auch der größte Theil der Kleinbürger will sich selber nicht gesehen, daß er um Nichts besser, wenn nicht noch schlimmer daran ist, als mancher Arbeiter. Aber die Schädler dieser Spießbürger sind sehr hart. Und dennoch muß auch dahinein die Erkenntniß!

* Ein Leipziger Genosse hatte und schon vor längerer Zeit eine Erwiderung auf die beiden Sonette des „Rheinischen Couriers“ eingekandt. Derselbe möge jetzt hier ihren Platz finden:

Antwort.

Was soll dein Lied mit falschen Ueberschriften?
Was ist dein Zweck, so Namen zu entwerfen
Und von der Dichtung grümmrancken Wästen
In solchem Stoffe dir den Schmutz zu leihen?
Gleich ist dein Lied so ganz den falschen Eiden,
Gleich falschem Wein gewürzt mit Esenzen;
Nur unbedachte Trinker zu verleiten,
Wißt du im Silberbecher ihn freubengen.
Du gleichst mit so aufgepuhter Parze
Dem Jahrmärtsmädchen, mit erlösch'ten Reizen
Der Bajadere in der Zeit Bordelle.
Nur sinnlos Trunk'ne giret solche Larve,
Um deren Guldigungen willst du geizen
Die lachend Takt dir stampfen auf der Schwelle?

Stuttgart, 22. August. Ein Rückblick auf die hiesige Reichstagswahl wird, wenn er nicht unbefangenen, wenn er nicht mit ruhiger Schärfe auf das bekannte Resultat gerichtet ist, manchen unserer braven Parteigenossen in seinen Erwartungen getäuscht haben, manchen Parteigenossen wird es, wenn auch nicht entmuthigt, so doch zu der Frage veranlaßt haben: Ist denn aller Sinn für Wahrheit und Recht bei den Stuttgarter Bürgern erloschen?

Mancher unserer Gegner, mancher sogenannte „Ordnungsmann“ wird frohlocken über den angeblichen Rückgang unserer Partei. Aber nur gemacht; Kopf oben behalten auf Seite des Volkes und nicht zum Himmel angestürmt, ihr Ordnungsmänner, wir wollen einmal unteruchen.

Der sozialistische Candidat Hillmann erhielt im Jahre 1877 4609 Stimmen, Dr. Dull vereinigte bei der letzten Wahl die Stimmen von 4102 Wählern auf sich, somit wäre ein Rückgang von 507 Stimmen zu verzeichnen.

Der Regierungscandidat Hölder ging im Jahre 1877 mit 12,798 Stimmen aus der Wahlurne hervor; bei der letzten Wahl fielen nur 10,865 Stimmen auf denselben, somit ein Verlust von 1933 Stimmen. Wäre ein Candidat von Seite der Volkspartei nicht aufgetreten worden, so könnte man mit Sicherheit annehmen, daß von den 3767 Stimmen, die für jene Partei abgegeben worden sind, 2000 Stimmen mindestens für Dr. Dull zu verzeichnen wären.

Und nun rufe man sich die Maßregeln vor der Wahl in's Gedächtniß, die Verhaftungen der Redactoren, Confiscationen der Flugblätter, und der „Volkszeitung“, auch wurde uns jedes größere Lokal zur Abhaltung von Wählerversammlungen verweigert. Von Seite der Arbeitgeber wurde alles mögliche angestrengt, um die Leute abzuschrecken und einzuschüchtern. Dem Volke wurde weiß gemacht, die Sozialdemokraten stieße mit den Königsräthern im Bund; und trotzdem, trotz Verhaftungen, Confiscationen, Lokaloerweiterung, Lage, Verleumdung, Schreckgespenst des Kaisermonds haben 4102 Männer sozialistisch gemimmt, haben überhaupt die Wähler Verpeimer's mit eingerechnet) 7869 Männer sich gegen eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmsgesetze ausgesprochen. Rechnen man nun noch hinzu, daß nach zu 1000 wahlberechtigten Arbeiter in Folge des schlechten Geschäftsganges weniger in Stuttgart sind und daß mancher brave Arbeiter, gezwungen durch die Noth, sich durch Annahme einer kleinen Unterstützung seines Wahlrechts beraubte. Betrachten wir nun die Stimmenzahl Hölder's. Derselbe hat bei der letzten Reichstagswahl am 30. Juli 1933 Stimmen weniger auf sich vereinigt, als im Jahre 1877. Also, trotzdem man dem Spießbürger vormachte, wenn du nicht Hölder wählst, bist du deines Hab und Guts, ja deines Lebens nicht mehr sicher, trotzdem haben fast 2000 Bürger den Kammerpräsidenten Herrn von Hölder nicht für den Rechten gehalten, der sie im Reichstag vertreten kann.

Wo ist also ein Rückgang, eine Niederlage zu suchen, bei einer Partei, die sich trotz aller Unterdrückung auf der ziemlich gleichen Höhe erhalten hat oder bei einer Partei, die unter den günstigsten Verhältnissen agitiren konnte, die alle Gegner in sich vereinigte, die trotz alledem und alledem in 1½ Jahren um 2000 Stimmen abgenommen.

Und darum Parteigenossen, nur Muth und den „Kopf oben behalten“, denn nur durch festes Zusammenhalten ist uns der Sieg gewiß.

Worms, 23. August. Wir hatten schon wiederholt von hier berichtet, daß hier selbst ein Kranken-Unterstützungsverein besteht, dem die alte „Wormser Zeitung“ mit allerlei schmutzigen Mitteln gern den Garau machen möchte. Einmal müssen „Eingekandts“ herhalten, ein andermal selbständige Artikel u. s. f., ohne daß man jemals den so schmächtig verleumdeten Vereinsmitgliedern auch nur Insuperat zur Rechtfertigung aufgenommen hätte. So geschah es kurz nach der Wahl, daß der Fabrikant Hehl seine Arbeiter aufforderte, den sozialdemokratischen Vorstehenden vom Verein zu entfernen oder ihrer Wege zu gehen. Nun sind aber die anderen 150 Mitglieder (in dem Geschäft des Hehl arbeiten circa 45 Vereinsmitglieder) durchaus nicht gesonnen, dem Verlangen des Hehl nachzugeben, und der Gesamtvorstand wollte eine diesbezügliche Erklärung in Insuperat form in die alte „Wormser Zeitung“ einwirken lassen. Das Insuperat wurde zurückgewiesen. Die Handlungsweise des Hehl kennzeichnet übrigens die neue „Wormser Zeitung“ recht treffend mit folgenden Zeilen: „Dieser Ufas, der so recht die vielgepriesene Liberalität (!) genannten Parteiführers kennzeichnet, setzte Letzterer hinzu, daß er auf einige Wochen verreise, und wenn er zurückkomme, müsse die Sache geordnet sein! — Ob nun von Letzterem wohl auch geeigneten Orts beantragt wird, daß an einer gewissen Stelle in der Sternengasse Nachts kein Licht mehr angezündet oder der dortige städtische Brunnen geschlossen wird? Denn es wäre ja schrecklich, wenn Beides, Licht und Wasser, den fürchterlichen Sozialdemokraten auch ferner zu gut käme!“ — Die Reichstagswahl hat auch hier viel Staub aufgewirbelt und sind so manche Unregelmäßigkeiten zu melden. So hielt man in einem Wahllokal die Stimmzettel gegen das Licht, in einem andern Wahllokal fand die Auszählung des Resultats hinter verschlossenen Thüren statt u. s. f.

Vom Rhein, 22. August. Angesichts der immer stärker auftretenden Reaktion gilt es, daß wir Parteigenossen immer entschiedener für unsere Partei Propaganda zu machen suchen. Löst man unsere Partei und Vereine auf, so beginnen wir eben einfach wieder wie zu Anfang des Entstehens unserer Partei. Wir beginnen in unserem Familien- und Verwandtenkreise; wir besüßen Freunde und Bekannte genug — es wird sich Gelegenheit hinreichend finden, mit denselben über die schlechten Zeiten, über deren Abhilfe, über ökonomische und politische Tagesfragen zu diskutiren. Es sieht uns ein reicher Schatz des Wissens in unserer Literatur zu Gebote. Verbietet man auch diese, so hat doch jeder Genosse sich die Schriften angeeignet und das Privat-eigentum kann man doch nicht Jedem wegnehmen. In unseren Gesang-, Turn- und Spielklubs giebt es hinreichend Gelegenheit, unsere Ideen an den Mann zu bringen. Auch wird das Ausland dafür sorgen, daß die Freiheit nicht ganz erstickt, und es giebt Wege genug, freisinnige Schriften zu beziehen. Auf diese Weise werden wir in fünf Jahren sicher, trotz aller Ausnahmegesetze, unsere Anzahl verdoppelt haben und die Regierung wird alsdann der Stimme der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müssen. Die heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse bedingen dringend eine Verbesserung und die Erfahrung hat gezeigt, daß nur allein unser Programm das richtige ist, und darum Muth und Entschlossenheit zum ferneren geistigen Kampfe. „Nur Der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!“